

# Desintegration der Bundesrepublik Jugoslawien

## Der Vierfrontenkrieg des *Slobodan Milošević*

### 1. Einführung

Die Bundesrepublik Jugoslawien (BR YU) entstand am 27. April 1992 durch die Annahme des entsprechenden Verfassungsgesetzes, durch das sich die Republiken Serbien und Montenegro zu dem neuen Staatenbund vereinigten. Die Geburt des „dritten Jugoslawien“ (treća Jugoslavija) erfolgte unter grotesken Umständen, die die Frage nach einer (möglichen) *Desintegration* des „dritten“ Jugoslawien (nach dem „ersten“ königlichen zwischen den Weltkriegen und dem „zweiten“ von *Tito* geprägten 1944 – 1992) eigentlich verbieten, weil niemals eine legitime *Integration* erfolgte: Eine Minderheit der Abgeordneten einer Kammer (73 von 220 Abgeordneten des *Bundesrates*) eines Parlaments, dessen Mandat abgelaufen war (gewählt 1986) und das einen bereits inexistenten Staat repräsentierte (Skupština SFRJ), verabschiedete die neue Verfassung, die kaum noch ins politische Ideenspektrum passte. Die *Serbische Erneuerungsbewegung* (SPO, *Vuk Drašković*) war für die Wiedereinführung der Monarchie, die *Radikalen* (SRS, *Vojislav Šešelj*) traten für einen *unitaristischen* Staat ein, andere wollten eine *regionale* Föderation („mit einigen staatlichen Prärogativen für Montenegro“). Nur die regierenden *Sozialisten* (SPS, *Slobodan Milošević*) votierten für eine „starke Föderation“, die sie danach jedoch so inkonsequent implementierten, dass sich der Bundesstaat wie ein „Staatsprovisorium“ ausnahm.<sup>1</sup> Wenn man so will, war die „Jugoslawische“ Föderation im Zeitpunkt ihrer Entstehung ein getreues Abbild der herrschenden Verfassungsverwirrung: Die SFRJ-Verfassung hatte zwar die *führende Rolle* des *Bundes der Kommunisten* (SKJ) gestrichen, der Wirtschaft aber „sozialistische“ Strukturen und Normen verordnet; Pluralismus war nirgendwo vorgesehen, wurde aber allenthalben praktiziert; gleichfalls enthielt diese Verfassung Bestimmungen über „autonome Einheiten“, die nur in Serbien bestehen sollten, dort aber durch die serbische Verfassung faktisch bereits auf den Status rein territorialer Autonomie reduziert worden waren; Kroatien besaß diese Möglichkeit nicht, praktizierte sie aber 1990/91 mit dem *Statut des Serbischen Autonomen Gebiets Krajina*, während Slowenien seit seiner Unabhängigkeitserklärung vom 2. Juli 1990 an der ganzen SFRJ-Verfassung nur noch die Passagen interessierte, die ihm einen irreversiblen Austritt aus Jugoslawien erlaubten.<sup>2</sup>

Die in Serbien anfänglich von SPO und *Demokraten* (DS) geforderte *Verfassunggebende Versammlung* wurde stillschweigend übergangen – der neue Staatenbund ebenso stillschweigend akzeptiert. Aber die chaotischen Anfänge wirkten störend weiter, denn „in diesem Staat bekommt jeder politische Streit den Charakter einer Staatskrise“. Nach Ansicht der Juristin *Vesna Rakić-Vodinelić* könne keine Rede davon sein, dass dieser Staat jemals geschaffen wurde, vielmehr müsse man von einer unzulässigen Staatsimprovisation sprechen. Zum Beweis könne die Person *Milošević* herangezogen werden: Solange dieser *serbischer* Präsident war, blieb die Position des *Bundespräsidenten* blass und unbedeutend; kaum wechselte *Milošević* ins Bundespräsidialamt, trat eine diametrale Umkehr ein. Jetzt konnte *Milošević* eine fast unumschränkte persönliche Macht in demokratisch-föderaler Bemäntelung

---

<sup>1</sup> Milan Milošević: Cerace se još, in: Vreme, 30.5.1998, S. 22-25.

<sup>2</sup> Liljana Slavnic: Povelja YU raspada, in: Intervju, 1.3.1991, S. 31-35.

ausüben, und die ganze BR YU ist faktisch nur noch im Maße des Missbrauchs ihrer Strukturen, Institutionen und Rechtsakte auszumachen.<sup>3</sup>

Der institutionellen Willkür entsprach eine konstitutionelle Desorientierung. Die *drei* Verfassungen waren nacheinander entstanden, was natürlich gewichtige Differenzen in Geist und Willen bedingte: Das *serbische* Grundgesetz war älter und konservativer als *das föderale*, das *montenegrinische* jünger und mit unverkennbarem Blick auf dieses erstellt worden. Das heißt, dass es *drei* konträre Auffassungen der Verteilung von Kompetenzen und von Legitimität gibt, die auf differierenden Machtverhältnissen basieren. Serbien und Montenegro haben im Grunde Verfassungen *souveräner* Staaten, die der Föderation lediglich die Souveränität in der Entscheidung über Krieg oder Frieden überlassen und das Recht, internationale Verträge zu schließen und dieses nicht einmal zur Gänze: Wenn Montenegro z. B. wollte und die Möglichkeit bekäme, könnte es ganz verfassungskonform mit der EU einen Vertrag über seinen Beitritt zu dieser und über die Eröffnung einer montenegrinischen *Vertretung* in Brüssel schließen.<sup>4</sup> Oder ganz konkret: Am 12. April 1999 fasste das Parlament der BR YU einen Beschluss zum Beitritt zur Union Russland-Belarus, auf den das Russische Parlament (*Gos/udarstvennaja/duma*) eine Woche später mehrheitlich (293 gegen 54 Abgeordnete) mit seinem Beschluss „Über den Anschluss der Bundesrepublik Jugoslawien zur Union Russlands und Belarus“ antwortete.<sup>5</sup> Montenegro bestreitet gegenüber dem Bundesparlament jegliche Legitimität, wird also diesen Anschluss nicht mittragen. Warum hat Serbien seinen Beitritt dennoch unter föderaler Maske vollzogen?

Solche und weitere konstitutionelle Möglichkeiten bietet die serbisch-montenegrinische Gegenwart. Nur wollen beide Verfassungen nicht zusammenpassen, folglich auch keinen Bundesstaat zulassen. Nach Ansicht des Belgrader Politologen *Ilija Vujacić* müsste, wer Serbien und Montenegro föderieren wollte, bei Null beginnen. Das wollen wenige, und niemand kann es. In den ersten Jahren der BR YU wurden die Probleme durch die bestehende Übereinstimmung der politischen Eliten überdeckt. Mit den montenegrinischen Präsidentenwahlen von 1997 war diese Übereinstimmung am Ende. Politisch gesehen, prallten dabei zwei montenegrinische *Oligarchien* mit dem serbischen *Monolithismus* des *Milošević* zusammen, was je länger, je mehr zu einem auf serbischer Seite irrationalen Kampf auf Biegen und Brechen führte. Die dabei verwendeten Mittel – serbischer Druck versus montenegrinische Verweigerung – werden um so gewalttätiger, als Belgrad noch das letzte Gewaltmittel aus Angst vor internationalen Verwicklungen vermeidet, nämlich die militärische Okkupation Montenegros.<sup>6</sup>

Mit anderen Worten: Im rechtlichen Sinne gibt es keine BR YU, aber politisch könnte das, was dafür ausgegeben wird, in endlosen und eskalierenden Friktionen Belgrad – Podgorica (Titograd) versanden, in einem Krieg enden oder zu einem Bürgerkrieg in Montenegro führen. Und selbst wenn es das ganze Problem *nicht* gäbe, wäre nichts gewonnen, denn das *Milošević*-Regime hat genügend Möglichkeiten, seine zerstörerische Energie auszuleben, sagte der regimekritische Journalist *Ljubomir Simović*:

„Wie sich die Dinge bei uns entwickeln, ließ manches erwarten. Mich können kein Übel und keine Dummheit mehr überraschen. Das Regime wird um so repressiver, je länger die Liste seiner Niederlagen wird. Je machtloser es wird, desto mehr stützt es sich auf Gewalt. Gewalt ist das einzige, was ihm noch geblieben ist. Mit diesen Gesetzen, mit diesem Rechtssystem und schon gar mit dieser Opposition sehe ich nicht, wie man alles wenden

---

<sup>3</sup> Ebd., S.24.

<sup>4</sup> Miodrag Vukovic: *Sirova sila*, in: *Vreme*, 28.11.1998, S. 11.

<sup>5</sup> Aleksandr Sadckov: *Slavjanskij bazar*, in: *Izvestija* (Moskau), 17.4.1999, S.1.

<sup>6</sup> Milošević, *Cerace se ...*, a. a. O., S.25.

könnte. Falls wir warten, bis sich das Regime von selber auflöst, dann fürchte ich, dass wir vor dessen Zerstörung unser eigenes Ende erwarten werden“.<sup>7</sup>

Diese Natur des *Milošević*-Regimes zeigt sich auch und gerade in den serbischen Landesteilen, die nominell *autonom* sind – Kosovo, Vojvodina, Sandžak –, tatsächlich aber wie zweitrangige Kolonien Serbiens behandelt werden. Im Grunde führt *Milošević* einen Mehrfrontenkrieg: erstens einen ethnischen Vertreibungskrieg im Kosovo, der ihm das stärkste Militärbündnis der Geschichte, die NATO, zum Feind gemacht hat; zweitens einen machtpolitischen Verdrängungskrieg gegen Montenegro; drittens einen nationalistischen Dominanzkrieg in der Vojvodina und im Sandžak; viertens einen geistigen und materiellen Aushungerungskrieg gegen die eigene Bevölkerung.

## 2. Vorgezeichnete Aggressivität, vorbestimmtes Ende

Das „dritte Jugoslawien“ war für sich genommen das letztendliche Verlegenheitsresultat einer vorhergegangenen und umfassenderen Desintegration der *Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien* (SFRJ). Unter ökonomischem Aspekt war das Zerbrechen dieses Staates für alle seine Teile (und Nachfolgestaaten) eine (mehr oder minder große) Katastrophe: Kein einziger konnte auch nur seinen bisherigen Standard halten, geschweige denn seine (vermeintlichen) Stärken entwickeln und potenzieren<sup>8</sup>, und zumindest Serbien zeigt so viele Indikatoren rapider Verschlechterung, dass es wohl auf einen Staatsbankrott zutreibt.<sup>9</sup> Was einmal Jugoslawien war, macht seit rund zehn Jahren den Eindruck, als wollten alle seine Nachfolger Tito widerlegen, der kurz nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 in einer Rede sagte:

„Es wird keinem Serben ein Schaden entstehen, wenn die Kroaten Herr im eigenen Haus sind (*gospodari na svome*). Es wird keinem Slowenen schaden, wenn die Kroaten Herr im eigenen Haus sind. Es wird keinem Kroaten schaden, wenn die Serben absolute Hausherren dort sind, wo sie leben, d. h. im eigenen Haus. Niemandem wird ein Schaden entstehen, denn wir Jugoslawen bilden keine Grenzen, die trennen und die Bildung neuer Staaten markieren, sondern wir verfügen Teilungen nur, um die nationale Frage zu lösen, die im alten Jugoslawien nicht gelöst worden war, und damit sich die Völker absolut entwickeln und kulturell und politisch vereinigen können. Und das machen wir so, dass niemand auf den anderen Druck ausübt, sondern dass die Entwicklung und der Fortschritt von jedem sich positiv auf die übrigen Völker auswirkt, die Völker der übrigen föderalen Einheiten. Und alle sind wir gemeinsam Jugoslawen. So wollen wir das, keineswegs um eine Menge von Zwergstaaten zu schaffen“.<sup>10</sup>

Diese Perspektive war einfach zu schön, um wahr zu sein. 1964, knapp zwei Jahrzehnte nach *Titos* Aussage, beschrieb sein Mitarbeiter *Vladimir Bakaric* halb ironisch, halb ernsthaft jenes kleinliche Gezänk, das unter den „sozialistischen Bruderrepubliken“ des alten Jugoslawien längst die Norm war:

„Ich habe daheim Haufen über Haufen Material, aus denen etwa folgendes hervorgeht: Belgrad hat das und das, und Zagreb hat es nicht, zudem hat die Föderation manche Republiken durch niedrige Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse geschädigt, weil das anderen Republiken eine hohe Akkumulation von Kapital erlaubte, und eine andere

---

<sup>7</sup> Zit. n. *Evropljanin* (Podgorica) Nr.20, 18.-31.3.1999, S.11.

<sup>8</sup> Detailliert Wolf Oschlies: *Ex-Jugoslawien '95 – Politisch-ökonomische Porträts der sechs Nachfolgestaaten*, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien* Nr. 54/1995.

<sup>9</sup> Ein faktenreiches Horrorbild dessen zeichnete 1998 der Sammelband „*Socijalna politika u tranziciji*“, der in „*Vreme*“ (14.11.1998, S. 22-26) in den wichtigsten Daten zusammengefasst worden war.

<sup>10</sup> Zit. n. Stipe Šuvar: *Svi naši nacionalizmi* (Alle unsere Nationalismen), Valjevo 1986, S. 7.

Republik wurde durch niedrige Preise für Rohstoffe und Repromaterialien geschädigt. (...) Alle bestürmen wir die Föderationen mit Berechnungen, wer wieviel in letzter Zeit geschädigt wurde, so dass sich die Frage erhebt: Wer hat eigentlich einen Gewinn von Jugoslawien, wenn wir alle ‚bestohlen‘ werden“.<sup>11</sup>

Wiederum ein paar Jahre später war Einsichtigen die Ironie vergangen, vielmehr waren alte Schrecken, Fronten, Kriegsziele und propagandistischen „Argumente“, die seit 1990/91 die ex-jugoslawische Realität bestimmten, schon Jahrzehnte vor den kriegerischen Ereignissen mit Händen zu greifen. Bereits 1972 schrieb z.B. der kroatische Soziologe *Stipe Šuvar* die nachfolgenden Sätze, die sich wie eine prophetische Antizipation des späteren Chaos lesen:

„(...) eine der typischen Reaktionen des kroatischen Nationalismus ist, dass er die höhere Kultur der kroatischen Nation im Vergleich zu umgebenden kleineren oder größeren Nationen herausstreicht. Würden wir das analysieren, dann sähen wir, dass es eine Lüge, ein Stereotyp, ein Mythos ist. Ebenso ist dem serbischen Nationalismus, seit er besteht, zu eigen, dass er die Serben als heldisches, tapferes, unbesiegbares Volk herausstellt. Den kroatischen Nationalisten dient also die Kultur als Kompensation, den serbischen das Waffengeklirr. (...) Ein Nationalismus ist immer daran leicht zu erkennen, dass in ihm eine Aggressivität gegen andere Völker eingebaut ist. (...) Der serbische Nationalismus will ein Groß-Serbien und ruft dafür alle Serben zusammen, und die Grenzen seines erträumten Staates zieht er so, dass Makedonien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina als ohnehin serbische Länder vereinnahmt werden (...). Der kroatische Nationalismus wartet wiederum mit Thesen auf, dass die Slowenen Alpen-Kroaten sind, die Muslime Dialekt-Kroaten, die Serben bis zur Drina orthodoxe Kroaten und die Montenegriner Ost-Kroaten sind“.<sup>12</sup>

Ende 1943 hatten *Tito* und die gesamte Partisanenführung im bosnischen Jajce eine grundlegende Neuordnung von Nachkriegs-Jugoslawien beschlossen<sup>13</sup>: Eine *Föderation* sollte es werden, zusammengefügt aus nationalen Republiken – die Slowenen bekamen ihre *Republik Slowenien* und so fort bis zur *Republik Makedonien* für die Makedonen. Als man an die Realisierung dieses Beschlusses ging, stellten sich augenblicklich Konflikte ein (wie sich *Milovan Đilas* später erinnerte): In Bosnien, wo die Einwohner ethnisch seit jeher in Muslime (ca.50 %), Serben (ca. 30 %), Kroaten (ca.17 %) und andere geteilt waren, konnte man keine dominierende Titularnation finden, der eine eigene Republik gegeben werden konnte, ergo sollte Bosnien nur eine *Autonomie* bekommen. Die Bosnier, berühmte *tvrde glave* (Hartköpfe), sahen das überhaupt nicht ein, erschienen in Belgrad und sorgten wochenlang für hörenswerte Kräche: Was andere könnten, könnten sie auch, wie ihre ganze Geschichte beweise, und Autonomie hieße doch wohl, dass sie einer anderen *Republik* zugeschlagen würden; dafür kämen nur Serbien oder Kroatien in Betracht, womit die von alters her unveröhnlichen Kampfahne wieder gemeinsame Grenzen hätten; schon aus Gründen der inter-ethnischen Befriedung müsse Bosnien als „Pufferstaat“(!) einen *Republik*-Status bekommen.<sup>14</sup>

Das überzeugte, und Jugoslawien musste diese Konzession nie bereuen. Nur die Bosnier machten den ganzen *Selbstverwaltungsleerlauf der Tito-Ära* kaum mit und waren darum auch befähigt, eingangs der 70er Jahre ihr *bosnisches Wirtschaftswunder* zu inszenieren und im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland als einzige jugoslawische Republik einen

---

<sup>11</sup> Zit. n. Šuvar: *Svi naši ...*, a. a. O., S. 14.

<sup>12</sup> Ebd., S. 250 ff.

<sup>13</sup> Detailliert dazu und zu den langwirkenden außenpolitischen Folgen dieser Beschlüsse Branko Petranovic, Sava Dautovic: *Jugoslovenska reoljucija i SSSR (1941-1945)*, Belgrad 1988, S. 204 ff.

<sup>14</sup> Detailliert Wolf Oschlies: „Duldung“ ist ein (neu)bosnisches Wort – Der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Das Dayton-Friedensabkommen. Die bosnischen Kriegsflüchtlinge, Sankt Augustin 1997, S. 29 ff.

*Überschuss* zu erwirtschaften. Dennoch blieben sie die gute Ausnahme einer generell verderblichen Regel, der Jugoslawien letztendlich zum Opfer fiel.<sup>15</sup>

Mit dem Sturz des Kommunismus stürzten auch die drei von Kommunisten errichteten *Föderationen* Sowjetunion, Jugoslawien und Tschechoslowakei. So unterschiedlich die drei auch waren, in ihrer Konstruktion waren sie mit demselben „Geburtsfehler“ behaftet: Eine *Nation* bekam ihre *Republik*, und damit war man fertig. *Ethnizität* wurde also so hoch angesiedelt, dass für *Demokratie* kein Platz mehr blieb. Das war schlimm genug, aber es wurde schlimmer: Mit der Betonung von (scheinbaren) *Volksgruppenrechten* wurden nicht nur *Menschenrechte* völlig übersehen, es wurden auch Titularnationen gegen nationale Minderheiten gestellt, womit langfristig schwerste interethnische Konflikte – wie der aktuelle im Kosovo – gewissermaßen vorprogrammiert waren. Und ganz schlimm wurde es erst in postkommunistischen Zeiten, als sich westliche postnationalistische Integrationen plötzlich im Osten mit prädemokratischen „Nationalstaaten“ konfrontiert sahen, die zwar von der Transition zu Demokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft *redeten*, tatsächlich aber eine chauvinistisch-militante Interessenpolitik betrieben und diese vor allem gegen Nachbarn und/oder nationale Minderheiten richteten.<sup>16</sup>

Diese Entwicklungen waren zu keinem Zeitpunkt jugoslawischer staatlicher Existenz zu übersehen, und sie führten zum Krieg, der sich in der lange zuvor prophezeiten Weise entwickelte, bezeugte im August 1992 *Milovan Đilas*:

„Der Krieg in Jugoslawien hat mehrere Ursachen. Einer der Hauptgründe ist die nationalistische Ideologie, die einen großen Auftrieb erlebte, weil die Kommunisten jegliches Demokratiestreben vereitelt haben in der Zeit ihrer politischen Herrschaft. (...) Der Krieg in Jugoslawien ist vor allem ein Konflikt zwischen dem serbischen und dem kroatischen Nationalismus, denn *beide* streben nach nationaler Vormachtstellung, und so stellen sie *beide* eine starke Bedrohung der anderen Völker Jugoslawiens dar.“<sup>17</sup>

Es waren nicht nur Serben und Kroaten allein. Die von allen jugoslawischen Teilrepubliken vorgebrachten Klagen wirtschaftlicher und politischer Übervorteilung waren im Grunde nur vorgeschobene Aktionen. Sie alle entsprangen der grundlegenden Erkenntnis der jeweiligen nationalen Eliten, dass eigene Machtposition und ethnische Kohäsion in der Republik um so fester sein würden, je mehr Konflikte man mit Nachbarrepubliken hätte und schürte. Und das eskalierende „Aufmucken“ nationaler Minderheiten – etwa die zunehmend gewaltbereite Forderung der Kosovo-Albaner nach einer *Republik* seit 1968<sup>18</sup> – bot nichts als die willkommene Gelegenheit, die Protestierer als *Konterrevolutionäre* zu verunglimpfen, zu bekämpfen und somit nationale Integrationseffekte für die Titularnation auszulösen.<sup>19</sup>

### 3. Alleinschuldiges Serbien?

Die Serben, das größte Slawenvolk in Europas Südosten, gelten nicht ohne Berechtigung als die nachhaltigsten Förderer dieser unseligen Entwicklung. „Wenn die Kroaten *Wir* sagen, denken sie an Kroatien. Wenn die Serben *Wir* sagen, denken sie an Jugoslawien“, galt früher, war aber bewusst oder unbewusst nur die Fortsetzung des klassischen serbischen *Unitarismus*,

---

<sup>15</sup> Hierbei und im folgenden bezieht sich der Verfasser auf einen Vortrag, den die serbische Soziologin *Lidija Basta-Posavec*, die damals in der Schweiz lebte und arbeitete, am 18. Februar 1995 in Bern vor einem internationalen Forum hielt.

<sup>16</sup> Branko Caratan: *Nacija u postkomunističkoj tranziciji*, in: *Erasmus* (Zagreb) Nr. 24/1998, S. 42-54.

<sup>17</sup> Rajko Djuric, Bertolt Bengsch: *Der Zerfall Jugoslawiens*, Berlin 1992, S. 203 ff.

<sup>18</sup> Vgl. Kristaq Prifti et al. (Hrsg.): *The Truth on Kosova*, Tirana 1993.

<sup>19</sup> Vgl. dazu Dejan Lucic: *Tajne albanske mafije – Teror koji još uvek traje*, Belgrad 1990.

der numerische Überzahl und längere eigenstaatliche Entwicklung schon in das *Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen*, also den gemeinsamen Staat von 1918, als obligatorische Norm einbringen wollte.<sup>20</sup>

Einer Wiederholung dessen wollte *Tito* zweifach vorbeugen. Erstens machte er die Serben künstlich „klein“, indem er innerhalb Serbiens die *Autonomen Provinzen Vojvodina* (im Norden, mit ungarischer Bevölkerungsmehrheit) und Kosovo (im Süden, mit albanischer Bevölkerungsmehrheit) einrichtete. Warum wurden in Kroatien nicht das multiethnische Istrien und die kompakt serbische Krajina autonom? Weil allem Anschein nach die ganze Autonomieregelung letztlich nicht ernst gemeint war: Im Norden entstand die *Autonome Provinz Vojvodina* (APV), im Süden das *Autonome Gebiet Kosovo-Metohija* (AKMO), und der Unterschied war nicht nur semantischer Natur, da die APV z. B. ein eigenes Gerichtswesen besaß, das AKMO aber nicht.<sup>21</sup> Es handelte sich also um eine Scheinautonomie, die fallweise Konzessionen für nationale Minderheiten mit generellem Misstrauen gegen diese verband, zudem zu jeder Zeit durch die zentralistische Gewalt des SKJ mit seiner „führenden Rolle“ rückgängig gemacht werden konnte.

Zum zweiten verhinderte *Tito*, dass die größte der 34 in Jugoslawien anerkannten nationalen Minderheiten, eben die Serben außerhalb Serbiens, in keiner Republik konstitutionelle Erwähnung fand. Letzteren Umstand nahm im September 1986 eine kleine Gruppe serbischer Akademiker mit einigen Sätzen in ihren Entwurf eines Diskussionspapiers auf<sup>22</sup>, was kurz darauf als das berüchtigte *Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste* (SANU)<sup>23</sup> weltweit Schlagzeilen machte. Die Kritik war nur partiell berechtigt: Es handelte sich um das Arbeitspapier einer SANU-Kommission, das zudem neben serbisch-ethnischen Problemen zahlreiche weitere Fragen zur damaligen gesamtjugoslawischen Krise aufgriff. Unbestritten dürfte indessen sein, dass sich die latente Brisanz des Papiers erst in der absichtsvoll-demagogischen Verknappung durch den damaligen Kommunistenchef Serbiens, *Slobodan Milošević* (\*1941), zur neuen Kampfparole ethnisch-territorialer serbischer Kongruenz politische Gefahr entfaltete: „Wir glauben einfach, dass es das legitime Recht und Interesse des serbischen Volks ist, in einem Staat zu leben“ (16. März 1991).<sup>24</sup> Eigentlicher Urheber dieser Parole war der Schriftsteller (und spätere jugoslawische Präsident) *Dobrica Ćosić*, der die Idee freilich in einer „Föderation serbischer Länder“ realisiert sehen wollte.<sup>25</sup>

Alle Serben hatten in *einem* Staat gelebt, in Jugoslawien, und als dieser Staat unterging, packte sie gewissermaßen ein großer Verliererkomplex. Dieser Komplex verführte Serben in Kroatien und in Bosnien schon 1991 dazu, eigene „Staaten“ zu bilden<sup>26</sup> – *Republika Srpska Krajina* (RSK) in Kroatien und *Republika Srpska* (RS) in Bosnien –, die erst 1995 durch kroatische und bosnische Militäraktionen (letztere mit westlicher Luftunterstützung) liquidiert

---

<sup>20</sup> Albert Mousset: *Le Royaume Serbe Croate Slovène – Sonderorganisation, sa vie politique et ses institutions*, Paris 1926, S. 31 ff.

<sup>21</sup> Vgl. Jovan Dordevic: *Drzavno uredenje Federativne Republike Jugoslavije*, in: *Informativni Prirucnik o Jugoslaviji* Nr. 1/1949, S. 136-148.

<sup>22</sup> Der Inhalt ist ausführlich referiert bei Detlef Kleinert: *Inside Balkan – Opfer und Täter*, Wien/München 1993, S. 98 ff.

<sup>23</sup> Detailliert Olivera Milosavljevic: *Zloupotreba autoriteta nauke*, in: Nebojša Popov (Hrsg.): *Srpska strana rata*, Belgrad 1996, S. 305-338; bzw. in der deutschen Ausgabe dies.: *Der Mißbrauch der Autorität der Wissenschaft*, in: Thomas Bremer et al. (Hrsg.): *Serbiens Weg in den Krieg – Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung*, Berlin 1998, S. 159 ff.

<sup>24</sup> Biographie Miloševićs in: *Feral Tribune* (Split), 12.8.1996.

<sup>25</sup> Detailliert Nebojša Popov: *Srpski populizam – Od marginalne do dominantne pojave*, Sonderbeilage (34 S.) zu „*Vreme*“, 4.5.1993.

<sup>26</sup> Ganz direkt aus erstem eigenen Erleben beschrieben von Susanne Gelhard: *Ab heute ist Krieg – Der blutige Konflikt im ehemaligen Jugoslawien*, Frankfurt/M. 1992.

wurden. Das war in Ordnung, und wenn man 1938 mit dem Separatismus der Sudeten-deutschen in der Tschechoslowakei identisch verfahren wäre, hätte sich die Menschheit (vermutlich) den Zweiten Weltkrieg ersparen können. Aber kaum jemand rührte sich international, als die Kosovo-Albaner nach 1990 exakt die selbe Taktik verfolgten: Loslösung vom Staat (Serbien), Berufung auf die „Selbstbestimmung der Völker“ (wie 1938 die deutschen Nationalsozialisten), mit der Devise „Heim ins Reich“ (Anschluss an Albanien). Warum nicht?

#### 4. Kosovo: Kampfplatz serbischer Nationalisten von rechts und links

„Serbien hat dem Kosovo *die* Autonomie weggenommen“, wird allgemein behauptet und trifft inzwischen auch zu. Dies war aber von Anfang an nicht so. Serbien hat 1987-1989 dem Kosovo die *politische* Autonomie genommen, wozu es sich durch gewisse Entwicklungen berechtigt sah:

„The Autonomous Provinces, formally constitutive parts of the Republic of Serbia, also managed to increase their independence. After 1974 they were directly represented on the federal level, and Serbia *de facto* lost its sovereignty over 36 percent of its territory. In the Province of Kosovo demographic and political development was discouraging. The birth-rate of the Albanians has been the highest in Europe for decades. Their growth and the steady emigration of Kosovo-Serbs led in the 1980s to the reduction of the proportion of Serbs in the Province to no more than 10 percent. Additionally, in 1981 Albanians clamoured for upgrading Kosovo to the Status of an Republic. The Serbs interpreted their demand as a first step towards the Separation of Kosovo in favour of a Greater Albania, and they overreacted by implementing an extensive campaign of arbitrary repression which drove the Albanians into despair and passive resistance. Since 1989 their control of the Province has had the character of military occupation.“<sup>27</sup>

Was als „Wiederherstellung serbischer Staatlichkeit“ etc. geplant war, endete rasch bei einer weitgehenden politischen Entrechtung der Kosovo-Albaner, denn nun hatten sie, die ihre *Autonomie* als eine ihre numerische Stärke und historische Präsenz negierende *föderale Asymmetrie* empfanden, auch nicht die geringste Möglichkeit mehr, den wachsenden serbischen Antipathien gegen sie als „Fremdkörper in Jugoslawien“, „Feinde“, „antislawische Konkurrenten“, Benutzer der „Demographie als Waffe“ etc. entgegenzuwirken.<sup>28</sup> Den nächsten Fehler machten die Albaner, als sie 1990-1992 parastaatliche Alleingänge – „Republik Kosova“, „Präsident“, „Regierung“, „Verfassung“, „Parlament“ etc. – unternahmen und von aller Welt deren Anerkennung verlangten.<sup>29</sup> Und weil sie buchstäblich alles Serbische boykottierten (serbische Pässe ausgenommen, weil sie sonst nicht aus dem Kosovo herausgekommen wären). Offiziell behaupteten sie, für die verhassten serbischen Institutionen ein albanisches *Parallelsystem* zu haben<sup>30</sup>, aber wie miserabel das funktionierte, erfuhr der Verfasser im Oktober 1995 aus erster Hand. Bei einem Empfang in Belgrad traf er mit dem damaligen serbischen Minister für das Gesundheitswesen, *Ivanišević*, zusammen und fragte ihn, wie es denn im Kosovo mit der medizinischen Betreuung aussähe. Die Antwort: Im Kosovo tauchen Seuchen wieder auf, die wir seit Jahrzehnten „im Griff“ hatten, die Kinderlähmung beispielsweise. Wegen der internationalen Sanktionen haben wir kein Geld,

---

<sup>27</sup> Mojmir Krizan: New Serbian Nationalism and The Third Balkan War, in: Studies in East European Thought Nr. 1-2/1994, S. 47-68, zit. S. 57.

<sup>28</sup> Detailliert Srdja Popovic et al.: Kosovski cvor – Drešiti ili seci? Belgrad 1990.

<sup>29</sup> Wolf Oschlies: Der Zerfall Jugoslawiens und die Wiederkehr der albanischen Frage, in: Dardania (Wien) Nr.7/1997, S. 77-86.

<sup>30</sup> Fehmi Agani (Interview): Paralelan zivot tece, in: NIN, 4.11.1995, S. 19-20.

kratzten aber doch ein paar Millionen für eine Schluckimpfung im Kosovo zusammen. Nicht einen einzigen Schluck sind wir losgeworden – weil die Rugova-Partei (die *Demokratische Liga des Kosovo* (LDK) des „Präsidenten“ *Ibrahim Rugova*) die Flüsterparole ausgegeben hatte, die Serben hätten in das Medikament ein Sterilisierungsmittel gemischt ...

Diese albanische Totalverweigerung nützte allein – *Milošević!* Mit den Stimmen, die man z. B. in Belgrad und Umgebung zur Erringung eines Parlamentssitzes benötigt, bekommt man im Kosovo leicht ein Dutzend Sitze. Weil die Albaner alle Wahlen boykottierten, gingen ihre Stimmen auch der Opposition gegen *Milošević*, die diesen an der Jahreswende 1996/97 politisch durch ihre Wahlsiege in über 40 Städten und spätere Massenproteste, die fast 90 Tage gegen *Miloševićs* Wahlbetrug anhielten, zu Boden gestreckt hatte, verloren.<sup>31</sup> Das wiederum verhalf *Milošević*, im Kosovo relativ leicht Mehrheiten zu gewinnen, mit denen er dann auch in ganz Serbien obsiegen konnte – die Albaner haben den serbischen Diktator „gemacht“, auch wenn sie ihn stürzen wollten.

*Milošević* kennt, wie die letzten zehn Jahre in ungezählten Beispielen zeigten, keine permanenten Orientierungen oder Partner, sondern allein das permanente Ziel der Macht. Um sie abzusichern, holte er seine profiliertesten politischen Gegner, *Šešelj* und *Drašković*, in die Regierung und kann einstweilen gut damit leben, dass *Drašković* die Politik des Präsidenten im Kosovo müde kritisiert, die dieser offenkundig nach den Vorstellungen *Šešeljs* betreibt. Der serbische Radikalenchef hatte schon 1990 exakt vorgegeben, wie mit den Kosovo-Albanern zu verfahren sei:

„Mit Blick darauf, dass sich die albanische nationale Minderheit als dauerhaft feindlich gezeigt hat gegen die staatliche Souveränität und Integrität Serbiens und Jugoslawiens als Staat, meine ich, dass beide nach dem Völkerrecht jede Berechtigung haben, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um ihre Souveränität und staatliche Integrität zu schützen, und ich plädiere dafür, aus einem 50 Kilometer breiten Gürtel entlang der Grenze zu Albanien die gesamte albanische Bevölkerung in andere Teile Serbiens auszusiedeln, unter Zahlung einer rechtmäßigen finanziellen Entschädigung, damit dieses beste Ackerland ganz Europas der Armee zur Bewirtschaftung übergeben und eine systematische Ansiedelung des slawischen Elements betrieben werden, damit alle 360.000 albanischen Emigranten, die seit dem 6. April 1941 bis heute aus Albanien nach Jugoslawien gekommen sind, samt ihren Familienangehörigen dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge übergeben werden, denn es gibt auf der Welt so viele reiche, ausgedehnte und dünnbesiedelte Länder, die können sie dann aufnehmen und so ihre Humanität demonstrieren.“<sup>32</sup>

Was 1990 vielleicht noch die Privatmeinung eines einzelnen Politikers, wiewohl Parteiführers, sein mochte, nahm sich fünf Jahre später zweifach anders aus. Am 14. Oktober 1995 verabschiedete die *Vaterländische Zentralleitung der Serbischen Radikalen Partei* – Parteivorstand samt allen SRS-Abgeordneten des Bundesparlaments, des Parlaments Serbiens sowie der Parlamente Montenegros und der RSK (die es zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr gab) – ein detailliertes Programm, wie die SRS das Kosovo-Problem lösen würde.<sup>33</sup> Dieses Programm war eine „Neuaufgabe“ des Vertreibungsplans, den der serbische *Historiker Vasa Cubrilović* (1900-1990) bereits 1937 öffentlich vorgetragen hatte und den die *Šešelj-Radikalen* nun sofort hinter ihrem Programm nachdruckten.<sup>34</sup> *Cubrilović* wird seit einigen Jahren immer wieder im Ausland als der eigentliche Ideengeber von *Miloševićs* Kosovo-

---

<sup>31</sup> Vladimir Goati: Novembarski izbori 1996 – smisao i efekti, in: *Republika*, 1.-31.1.1997, S. 15-20.

<sup>32</sup> Vojislav Šešelj: *Razaranja srpskog nacionalnog bica*, Belgrad 1992, S. 43 ff.

<sup>33</sup> Wortlaut in (dem SRS-Parteiblatt): *Velika Srbija* Nr. 54, Oktober 1995, S. 21-26.

<sup>34</sup> Wortlaut in: *Velika Srbija* Nr. 54, Oktober 1995, S. 27-33; deutsche Übersetzung in: *Dardania* Nr. 2-3/1990, S. 180-200.



Politik erwähnt, *Šešelj* praktisch nie, dabei sind seine Vorschläge mit hoher Wahrscheinlichkeit der Ursprung aller Grausamkeiten, die gegenwärtig (April 1999) im Kosovo an Albanern von Serben begangen werden, wenigstens finden sie sich in seinem Programm von 1995 vorgezeichnet:

Lösung des Kosovo-Problems im Rahmen eines „unitaristischen Staates, in dessen Bestand die Republik Serbische Krajina, die Republika Srpska, die Republik Serbien und die Republik Montenegro eingehen würden“; „die völlige Einbeziehung von Kosovo-Metohija in den serbischen Einheitsstaat ist eine rein interne Frage, die ohne jede Einmischung der sog. internationalen Gemeinschaft gelöst werden muss“; das Bundesparlament muss „dringend“ ein neues „Staatsbürgerschaftsgesetz“ erlassen, mit welchem die „Zahl albanischer Emigranten und ihrer Nachkommen“, die in den Jahren 1941 - 1987 „illegal“ eingewandert sind, „zuverlässig ermittelt“ werden kann; es handelt sich um „rund 400.000 derartige Fremdlinge“, die sofort auszuweisen sind, sofern sie als „Extremisten“ auffällig wurden; die anderen müssen „auch bei banalsten Anlässen“ ihre Staatsbürgerschaft sowie den „Besitz eines Vaterlandsscheins“<sup>35</sup> nachweisen – können sie es nicht, erfolgt „augenblickliche Vertreibung“; den schätzungsweise 300.000 albanischen *gast-arbajteri* (!) im Ausland ist die Heimkehr ins Kosovo mit allen Mitteln zu verwehren; der Landbesitz von Albanern ist erneut genau zu überprüfen, und jede Möglichkeit ist zu nutzen, ihnen Grund und Boden wegzunehmen und früheren Besitzern (Kirche, früher enteignete Bauern etc.) zurückzugeben; Albaner, „die nicht unsere Staatsbürger sind“, werden augenblicklich aus ihrer Arbeit entlassen; 5 bis 10 Prozent der Albaner<sup>36</sup>, „einflussreichste und prominenteste Familien oder Individuen“, sind den neu anzulegenden Serben-Ansiedlungen als Geiseln beizugeben; durch neu zu bauende Straßen und Kasernen ist Albanern Grund und Boden wegzunehmen und ihr Gebiet zu zersiedeln; Albaner sind mit Lebensmitteln, Strom, Wasser etc. so schlecht zu versorgen, dass ihnen „das Leben unerträglich erschiene“; Albaner sind stets als Betrüger anzusehen und entsprechend von der Polizei zu beachten; albanische Privatunternehmen sind schärfstens zu kontrollieren und amtlich zu behindern; albanische Parteien sind zu beschränken, albanische Prominente durch „Unglücksfälle“ zu eliminieren (Autounfälle, Eifersuchtstötungen, Aids-Infektionen etc.); durch sofortigen Entzug aller Sozialleistungen ist die hohe Geburtenrate bei Albanern zu dämpfen; albanischsprachige Radio- und TV-Programme sollen allein Leben und Mentalität der Albaner „erodieren“; entlang der Grenze ist ein 50 Kilometer breiter Streifen von Albanern freizuhalten; albanischsprachige Schulen dürfen allein als Privatschulen, jedoch nur mit serbischen Lehrplänen eingerichtet werden; Armee und Polizei müssen umgehend von Albanern gesäubert werden etc.

Als die SRS dieses Programm erließ, war Milošević für sie noch ein „Idiot“, „Psychopath“, „Mensch mit ausgeprägtem Selbstmordtrieb“ etc., der als „Hauptschuldiger an allem Unglück für das serbische Volk“ augenblicklich zurücktreten müsse.<sup>37</sup> Auf der anderen Seite bemerkte *Milošević's* Frau, *Mira Marković*, im Oktober 1993 über *Šešelj*:

„Das ist ein Mensch, der die serbischen nationalen Interessen kompromittiert, der überhaupt die Politik kompromittiert. (...) Mit seinem angeblichen Einsatz für die Interessen des Volks will er das serbische Volk nicht nur von anderen jugoslawischen Völkern, sondern auch von Europa und der Welt isolieren. Serbien wäre so isoliert, dass

---

<sup>35</sup> Vermutlich hat hier die kroatische (und weltweit einmalige) *Domovnica* (Heimatschein), ohne die in Kroatien kein einziges Personaldokument zu bekommen ist, eine Rolle als „Vorbild“ gespielt.

<sup>36</sup> Hier wie in allen serbischen Texten radikaler Provenienz ist nur von *Šiptari* die Rede, was zwar wie eine serbisch-kyrillische Schreibweise des nationalen Eigennamens der Albaner aussieht, tatsächlich aber eine herabsetzende und verächtliche Bezeichnung ist – vergleichbar dem polnischen *Polak* und dem deutschen *Pollack*.

<sup>37</sup> Wortlaut der Rede *Šešeljs* und des betreffenden Beschlusses in: *Velika Srbija* Nr. 54, Oktober 1995, S. 12-15.

alles, was nicht unser ist, feindlich wäre. In einem solchen Serbien würde jeder, der Bücher fremder Autoren liest oder fremde Sprachen spricht, als Feind angesehen werden. Diese Vision ist so gefährlich und so real, dass sich alle Bürger und alte politischen Menschen im Kampf vereinen sollten, damit diese Vision niemals Wirklichkeit wird.“<sup>38</sup>

Dabei hatte *Mira Marković* längst selber „Feinde“ in Fülle ausgemacht, vor allem im Kosovo: Was in ihren Aussagen ursprünglich als eher harmloser Verwaltungsakt zur Wiederherstellung serbischer und montenegrinischer „Rechte“ im Kosovo war und „erfolgreich“ abgeschlossen wurde, das wurde in überraschend kurzer Zeit zum serbischen Kampf gegen albanische Nationalisten, Terroristen, „fünfte Kolonnen“ samt „ausländischen Geldgebern“ etc.<sup>39</sup> Diese eskalierend antialbanische Haltung war die geeignete Plattform, auf der man sich sogar mit dem perhorreszierten *Šešelj* treffen konnte, und am Ende bildete sich die bekannte Verbindung: *Milošević* Präsident, die *Jugoslawische Vereinigte Linke* (JUL) seiner Frau und die SRS des *Vojislav Šešelj* in der Regierungskoalition, dazu vor kosovarischem Ort noch die aus Bosnien schrecklich bekannten Verbrecherbanden des *Zeljko Raznjatović* („*Arkan*“), den *Šešelj* noch Ende 1995 als „Banditen“ bezeichnet und als solchen detailliert beschrieben hatte.<sup>40</sup>

Ein erstes und noch zu übersehendes Indiz dieser „Allianz“ war Serbiens wachsender Nachdruck darauf, dass das Kosovo ein Teil Serbiens und folglich dessen „interne Angelegenheit“ sei.<sup>41</sup> Das hat die internationale Gemeinschaft lange hingelassen, weil alle Beteiligten vor Ort Ruhe bewahrten – die Albaner ignorierten alles Serbische, auch die machtvollen und langwährenden Proteste gegen *Milošević* 1996/97, blieben aber ruhig und konnten darum ihrerseits von der Welt vergessen werden (beispielsweise Ende 1995 bei den Dayton-Verhandlungen). Die Serben wiederum tolerierten oder übersahen das „Parallelsystem“, das die Albaner für alle Bereiche und auf allen Ebenen errichtet hatten, und verhielten sich ihrerseits ruhig.

Die Lage änderte sich, als 1996 die albanische Untergrundarmee UÇK auftauchte – 1991 als „Armee“ der „Republik Kosova“ entstanden, nachdem die Serben *alle* Albaner aus Armee und Polizei hinausgeworfen hatten – und Überfälle auf serbische Polizeistationen (und auf „loyale Albaner“) verübte, sich dabei mit „patriotischen“ Zwangssteuern bei albanischen Gastarbeitern im Westen zu einem Drittel finanzierte, zu zwei Dritteln aber aus Drogenhandel und ähnlichen kriminellen Aktivitäten.<sup>42</sup> Das Treiben der UÇK wurde von serbischer Seite mit wachsender bewaffneter Präsenz und Militanz beantwortet. Es wurde offen Krieg geführt – erstmalig in der jahrhundertealten Geschichte dieses Konflikts.<sup>43</sup> Damit waren sich beide Seiten spiegelbildlich gleich geworden – undemokratische Parteien (serbische SDS und albanische LDK) schicken bewaffnete Formationen ins Feld, um ihre jeweiligen Maximalforderungen durchzusetzen.<sup>44</sup> Auch das hätte die internationale Gemeinschaft vermutlich nicht sonderlich besorgt, hätte der Konflikt nicht stets eine gefährliche Neigung offenbart, auf Nachbarländer überzugreifen bzw. diese zu destabilisieren. Ein „souveränes Kosovo“ hätte die nationalistischen Aspirationen der Albaner in Makedonien (22,9 Prozent der Bevölkerung) angestachelt, die bislang durch eine liberale und konzessionsbereite Politik der

---

<sup>38</sup> Mira Markovic: *Odgovor*, Belgrad 1993, S. 259 ff.

<sup>39</sup> Ebd., S. 79, 182, 199, 271 und generell passim.

<sup>40</sup> a. a. O. (Anm. 37).

<sup>41</sup> Nebojša Jerkovic (Hrsg.): *Kosovo and Methojia an Integral Part of the Republic of Serbia and FR of Yugoslavia – Documents and Facts*, Belgrad 1995.

<sup>42</sup> Krešimir Meler: *Ko finansira Oslobođilacku vojsku Kosovo – Narko naoruzanje*, in: *Svijet* (Sarajevo), 19.7.1998, S. 30-31.

<sup>43</sup> Zur jahrhundertealten Geschichte des Konflikts vgl. Slobodan Reljic: *Srbi „lete“ na sever*, in: *NIN*, 5.11.1998, S. 10-12.

<sup>44</sup> Dragoš Ivanovic: *Mentalna blokada*, in: *Republika* (Belgrad), 1.-15.9.1998, S. 3.

makedonischen Regierungen gedämpft blieben.<sup>45</sup> Radikale Sprecher der UÇK erklärten, dass alle von Albanern besiedelten Regionen des Balkans (Teile Montenegros, Makedoniens und Nordgriechenlands) „Kampfbzonen“ würden, die „befreit“ und mit Albanien vereinigt würden. Diese Aussicht brachte dann internationalen Druck auf das Geschehen, dem *Milošević* scheinbar und auf russischen Rat hin nachgab. Mit der internationalen Gemeinschaft war er sich auch darin einig, dass das Kosovo *keine* Souveränität erlangen sollte – gesucht wurde indessen die passende Form für dessen Autonomie, wofür sich weltweit elf Modelle anboten.<sup>46</sup>

„Favorit“ wurde mehr und mehr das Projekt einer *Republik minus* – Umwandlung der BR YU in eine *dreiteilige Föderation* (Serbien, Montenegro, Kosovo), wobei das Kosovo diese *nicht* aus eigenem Willen verlassen durfte (darum „minus“) – wie es im Herbst 1998 von *Chris Hill*, US-Botschafter in Makedonien, nach mehrmaliger Überarbeitung vorgelegt wurde.<sup>47</sup> Ziel war die auf nationaler Repräsentativität und ethnischer Balance in allen Bereichen auf allen Ebenen beruhende Autonomie. Zu Jahresbeginn sollte diese auf einer internationalen Konferenz in Rambouillet (bei Paris) feierlich besiegelt werden, wozu sich die serbische Seite ungeachtet des wachsenden Drucks der internationalen Gemeinschaft nicht bereit fand. In Belgrad hatte man zu viele inakzeptable Bestimmungen und vage Zusagen entdeckt – stark verminderte jugoslawische Militärpräsenz im Kosovo, etwa 30.000 NATO-Soldaten dort (mit quasi Besatzervollmachten in *ganz* Jugoslawien), Berücksichtigung des „Volkswillens“ nach drei Jahren (was der albanischen Forderung nach einem Referendum nahekam) etc. – und dies wollte Belgrad nicht unterschreiben. Folglich begannen Ende März 1999 die NATO-Bombardements.

*Noch* besteht die Hoffnung, dass eine Autonomielösung für das Kosovo gefunden wird, die von Russland maßgebend mitbestimmt und vorrangig kontrolliert wird – nach jüngsten Umfragen erwarten Serben mehrheitlich russische Unterstützung und würden, wenn überhaupt, am liebsten russische Truppen im Kosovo sehen.<sup>48</sup> Ebenso ist jedoch nicht zu übersehen, dass die *Zeit gegen* Serbien arbeitet, zumal dieses das Kosovo faktisch aufgegeben hat: Das Kosovo ist eine von der Natur geradezu überreich ausgestattete Region, dessen ungehobene Mineralvorkommen auf Hunderte Milliarden Dollar Wert geschätzt werden.<sup>49</sup> Bis etwa 1985 hat Serbien im Kosovo umfangreich, jedoch ineffizient investiert, von 1990 bis 1995 gingen das BIP um die Hälfte, die Ausfuhr siebenmal, die Investitionen gar zwölfmal zurück; die Anlagen der Großbetriebe sind zu 80 Prozent veraltet und werden auch nur zu 30 Prozent genutzt. Man schätzt, dass im Kosovo 375.000 Menschen eine Arbeit haben, von denen allerdings nur 150.000 ordnungsgemäß registriert sind – die restlichen arbeiten in der *Schattenwirtschaft* (siva ekonomija). Soweit sie Serben sind, beschäftigt man sie zumeist in den verfallenden, unrentablen Staatsbetrieben, während die Albaner erfolgreiche Privatunternehmen und den Handel in ihre Hand brachten.<sup>50</sup> Seit der Jahresmitte 1998 aber musste ganz Serbien wachsende Lasten für den Einsatz von Polizei und Armee im Kosovo tragen, die bereits im (wieder) ruhigen Juli eine Million Dollar *pro Tag* betrugen.<sup>51</sup> Zum Jahresende hin mussten drückende Sondersteuern *zur Vaterlandsverteidigung* verfügt werden,

---

<sup>45</sup> Slavko Milosavljević, Mirce Tomovski: Albancite vo Republika Makedonija 1945-1995, Skopje 1997.

<sup>46</sup> Detailliert Wolf Oschlies: Kosovo '98 – I. Ursachen und Kulmination eines alt-neuen Balkan-Konflikts, II. Breitenwirkung und (mögliche) Lösungen des Konflikts, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 20 und 21/1998.

<sup>47</sup> Wortlaut in: *Vreme*, 7.11.1998, S. 6-9.

<sup>48</sup> Slobodan Reljić: NATO nije dobrodošao, in: *NIN* (Belgrad), 18.3.1999, S. 16-19.

<sup>49</sup> Besim Abazi: Koliko košta Kosovo, in: *Vreme*, 25.11.1995, S. 25.

<sup>50</sup> Branka Kaljević: Kosovoska ekonomija – Mit i beda, in: *Vreme*, 23.5.1998, S. 28-29.

<sup>51</sup> Vesna Vujic: Koliko košta Kosovo, in: *Naša borba*, 31.7.1998, S. 5.

die (vermutlich) zu Massenprotesten geführt hätten, wäre ihnen nicht durch die NATO-Luftschläge eine für *Milošević* willkommene patriotische Legitimierung erwachsen.

## 5. Zwischenbilanz: „Sieger“ und Sieger

Runde vier Wochen nach Beginn der NATO-Luftschläge haben diese, allen Zerstörungen an der militärischen Infrastruktur der BR YU zum Trotz, *noch* nicht die erstrebten Ziel erreicht: *Milošević* denkt noch nicht daran einzulenken, die „humanitäre Katastrophe“, die man eigentlich verhindern wollte, ist in vollem Gange, das Vertragswerk von Rambouillet ist faktisch tot, *Milošević* (auf Zeit) stärker denn je.<sup>52</sup> Was außerhalb Serbiens als militärische Zwangsmaßnahme allein gegen das Regime von *Milošević* gilt (und folglich von diesem zu jedem Zeitpunkt beendet werden könnte), wird im Lande selber als *Aggression gegen Serbien, Vernichtungskrieg gegen Serben*, Wiederholung von *Hitlers* Aggression gegen Jugoslawien 1941 etc. empfunden, und diese Sichtweise (samt Wortwahl) entzieht sich nicht einmal die regimfeindliche Presse (die es in kleinen Teilen noch gibt).<sup>53</sup>

Vielleicht hat *Milošević* die Bomben nicht gewollt, aber er hat sie früh einkalkuliert und im Dienste seines Machterhalts billigend in Kauf genommen. Monate vor dem Ereignis hat *Milošević* eine Säuberung unter seinen militärischen Beratern vorgenommen, so weit diese seine Kosovo-Politik kritisierten. Das traf Ende Oktober 1998 *Jovica Stanišić*, Chef des serbischen *Staatssicherheitsdienstes*, der *Milošević* 1995 in Dayton beraten, 1997 ein Blutvergießen unter den damaligen Demonstranten verhindert und 1998 den Kontakt zwischen *Milošević* und *Jelzin* geknüpft hatte. Im Frühjahr 1998 wurde er zum Chef eines speziellen *Kosovo-Stabs* ernannt, und im Streit um die richtige Taktik gegen die UÇK überwarf er sich mit *Milošević* und wurde schließlich entlassen.<sup>54</sup> Das nächste prominente „Opfer“ war einen Monat später *Momcilo Perišić*, Chef des Generalstabs der *Jugoslawischen Armee* (VJ), der seit langem *Milošević*s Innenpolitik (Panzer gegen Proteste), Außenpolitik („Die Bundesrepublik Jugoslawien kann nicht Krieg gegen die ganze Welt führen“) und die Politik gegen Montenegro (militärische „Disziplinierung“) etc. kritisierte. *Perišić* meinte, Belgrad habe das Kosovo jahrelang missachtet und sei folglich an der aktuellen Krise schuld – die es nicht hätte, wäre es rechtzeitig auf westliche Warnungen eingegangen und hätte z.B. die BR YU in die „Partnerschaft für den Frieden“ eingebracht.<sup>55</sup>

Mit neuen Leuten um sich und der 3. Armee, speziell deren *Priština-Corps*, im Kosovo glaubt *Milošević*, auf dem richtigen Weg zu sein. Was er, der zeitweilige „Sieger“, übersieht, ist der Umstand, dass aus der ganzen Entwicklung ein dauerhafter Sieger erwachsen ist: die albanische UÇK! Die VJ spielt dabei keine Rolle, denn offiziell ist sie in den Kosovo-Konflikt *nicht* involviert, was in der Praxis so aussieht, dass VJ und UÇK einander ignorieren und sich aus dem Weg gehen. Die eigentlichen Kämpfe finden zwischen UÇK und Truppen des Innenministeriums (MUP) statt.<sup>56</sup>

---

<sup>52</sup> Wolf Oschlies: Ein Land sucht Frieden, in: Rheinischer Merkur Nr.15, 9.4.1999, S. 3.

<sup>53</sup> Die auch im Ausland geschätzte Belgrader Wochenzeitung *Vreme* (Zeit) bringt seit Beginn der NATO-Aktion wöchentlich zwei „Sonderausgaben“ heraus, deren jede eine ausführliche *Satnica agresije* (Stundenplan der Aggression) enthält. Hier wird in Hunderten Einzelmeldungen und -impressionen die eigentümliche „Wagenburg-Mentalität“ geschildert, die sich der Serben bemächtigt hat und sie sich um den Diktator scharen läßt.

<sup>54</sup> „Dossier“ zu diesem Fall in: *Nedeljni Telegraf*, 4.11.1998, S. 6-10.

<sup>55</sup> Stipe Sikavica: *Smena u vrhu Generalštaba – Druga strana medalje*, in: *Republika*, 1.-31.12.1998, S. 15-16.

<sup>56</sup> Dazu und zum folgenden I. Ceco, E. Suljagic: *Amaterska armija i profesionalna politika*, in: *Dani* (Sarajevo) 12.4.1999, S. 22-25. Diese Analyse ist eine von nicht wenigen, die seit Monaten aus Bosnien-Herzegowina zum Kosovo-Konflikt kommen und die professionelle Hand militärischer Geheimdienste verraten.

Die UÇK hatte 1998 unter jungen Albanern patriotische Begeisterung und einen solchen Zulauf ausgelöst, dass ihre wenigen Fachleute, Ex-Offiziere der *Ex-Jugoslawischen Volksarmee* (JNA), nicht wussten, was sie mit den zirka 30.000 Freiwilligen anfangen sollten. Zudem war mit den jungen Leuten auch manches in die UÇK gekommen, was im Grunde unmilitärisch war: Zugehörigkeit zu einzelnen Clans, Verbundenheit allein mit dem eigenen Dorf, Beharren auf operativer Autonomie, Ablehnung von Waffen wie Minenwerfern (als unverträglich mit dem Heldenbild des „Kampfes mit der Waffe in der Hand“) u. a. m.

Diese und andere „amateurhafte“ Mängel führten im Frühsommer 1998 dazu, dass die UÇK auf der Höhe ihres Erfolgs plötzlich in eine tiefe Niederlage stürzte: Die versuchte Einnahme der Stadt Orahovac, die bereits von UÇK-Kämpfern umzingelt war, glückte nicht, vielmehr rieben VJ und MUP zahlreiche UÇK-Einheiten auf und vernichteten durch die Erweiterung des Grenzstreifens auf fünf Kilometer große Teile von deren rückwärtigen Verbindungen. Vor der völligen Vernichtung „rettete“ die UÇK nur die Gewalttaktik der serbischen Militärs, die ganze albanische Dörfer vernichteten und immer größere Massen von Albanern zur Flucht zwangen. Das brachte im Herbst 1998 die internationale Gemeinschaft auf den Plan: Mitte Oktober wurde der *Milošević-Holbrooke-Vertrag* geschlossen, der einen Rückzug der serbischen Streitkräfte, die Rückkehr der Flüchtlinge und eine internationale Kontrolle durch 2.000 internationale „Verifikatoren“ vorsah.

Den folgenden Winter nutzte die UÇK zu einer gründlichen Reorganisation. Ein *Hauptstab* wurde gebildet, das ganze Kosovo in sechs (seit Februar 1999 sieben) *Operative Zonen* aufgeteilt. Den Stab bilden 16 bis 20 Personen, und er umfasst acht *Stabsverwaltungen*, deren wichtigste die von *Hashim Thaci* (dem albanischen Verhandlungsführer in Rambouillet) geführte *Politische Verwaltung* ist, sowie einige *Dienste*. Dieses neue Subordinationsgeflecht ging einigen zu weit, unter ihnen dem ehemaligen Kommandanten im Südosten, *Hajdin Abazi* (bekannter unter seinem Tarnnamen *Lum Haxhiu*), der den Dienst in der UÇK aufgab „und ins Zivilleben nach Deutschland zurückkehrte“.

Offizieller UÇK-Oberbefehlshaber ist *Sulejman Selimi Sultan*, dessen Kompetenzen indes nicht recht klar werden. Offenkundig war seine Ernennung während der ersten „Runde“ in Rambouillet der Kompromiss in einem Streit mit dem harten Flügel, der den Rambouillet-Vertrag ablehnte und dessen Sprecher *Adem Demaqi* sich kurz darauf aus der Politik zurückzog.

Die UÇK besteht aus zirka 15 *Brigaden*, die jeweils rund 1.000 Mann zählen und aus *Einheiten* zu 50 bis 60 Mann zusammengesetzt sind. Je nach Größe der diversen Operativen Zonen sind 1 - 4 Brigaden in jeder disloziert. Weiterhin wurde ein relativ effizientes System von mehrwöchigen *Kursen* für Unteroffiziere und eine *Militärakademie* für die Offiziersbildung geschaffen, ohne das Beharren lokaler Kommandanten auf operativer, logistischer und finanzieller Unabhängigkeit aus der Welt schaffen zu können. Auch taktische Grundfehler – Frontalangriffe kompakter Gruppen, keine Verbindungen unter den Kampfgruppen, kein Zusammenspiel unter ihnen, Verteidigung der Dörfer aus Häusern heraus (was dem Gegner Artillerieeinsatz erlaubt) – sind eher die Regel als die Ausnahme.

Noch mitten im Kampf bereitet sich die UÇK auf die Zeit danach vor und hat in den von ihr kontrollierten Regionen eine *Zivilverwaltung* eingerichtet, die aus der politischen Verwaltung herausgenommen und Ende 1998 als *Sekretariat für öffentliche Ordnung und Zivilverwaltung* unter der Leitung des früheren UÇK-Sprechers *Jusup Krasniqi* konstituiert wurde. In Rambouillet war die UÇK von der internationalen Gemeinschaft als vollwertiger Gesprächspartner akzeptiert worden, was deren Selbstbewusstsein so stärkte, dass sie daranging, *Rugova* und seine „Regierung“ unter dem in Bonn praktizierenden Urologen *Bujar Bukoshi* auszubooten. Der 29jährige *Hashim Thaci* bildete eine neue „Regierung“, in der Vertreter der UÇK und der *Demokratischen Gemeinschaft* – einer Koalition aus fünf Parteien

unter Führung des langjährigen *Rugova*-Kritikers *Rexhep Qosja* – präsent sind. Diesem „Putsch“ begegnete die „*Bukoshi*-Regierung“, die noch immer über 300 Millionen Dollar Vermögen verfügen soll, mit der Aufstellung von *Streitkräften der Republik Kosova*, die aber von der UÇK aufgerieben und deren Führer *Tahir Zema* zur Flucht nach Albanien gezwungen wurde.

Gegenwärtig zählt die UÇK 24.000 Angehörige, wozu noch dieselbe Anzahl an „Rekruten“ kommt. Wenn nicht alles täuscht, arbeitet die Zeit für sie, die immer mehr internationale Billigung findet – eventuell sogar Unterstützung finanzieller und logistischer Art, da sie der internationalen Gemeinschaft aus der „Klemme“ heraushelfen könnte, Bodentruppen im Kosovo zu haben, diese aber nicht mit eigenen Leuten bestücken zu müssen. Wird die UÇK eines (nahen) Tages zum *NATO-Kontingent Kosovo* ernannt werden? Das wäre zwar mit Blick auf Albanien, Makedonien und Montenegro eine absolute Horrorvision, die sich aber angesichts wachsender NATO-Sorgen um die Effizienz der eigenen Aktion nicht mehr ausschließen lässt. Schließlich weiß man noch aus Bosnien, dass Kriege *nicht* aus der Luft gewonnen werden, sondern dass Siege und Nachkriegsregelungen durch die Kombination von Luftschlägen, Bodentruppen und Friedensprogramm erreicht werden – und Bodentruppen hat die NATO überhaupt nicht, ein Friedensprogramm nur zum Teil.

In dieser Situation scheint *Milošević* auf die Idee verfallen zu sein, Russland auf seine Seite und gegen die NATO zu bringen. So wenigstens sah es die oppositionelle *Jabloko*-Fraktion der *Duma*: Der jugoslawische Beitritt zur russisch-belarussischen Union ziehe Russland nicht nur in den Krieg hinein – „er eröffnet erstmalig in der Geschichte auch die Möglichkeit einer realen militärischen Konfrontation zwischen den führenden Atommächten“. Russland gefalle sich in „politischem Abenteuerertum, verbunden mit den Ereignissen auf dem Balkan“ und sei bereit, „auf Unsinn mit Unsinn zu antworten“.<sup>57</sup>

Mit anderen Worten: *Miloševićs* „Beitritt“ kann, eine normale Entwicklung vorausgesetzt, kaum mehr als ein loses Konsultationsverhältnis zwischen russischen, belarussischen und jugoslawischen Parlamentariern begründen. Er könnte aber auch brisante Folgen haben, sofern der Kreml damit fortfährt, dass „russische Außenpolitik immer mehr der jugoslawischen ähnelt und die Wirtschaft der belarussischen“.<sup>58</sup>

## 6. Montenegro: (k)eine „interne Angelegenheit“ Serbiens?

„*Zemlja Bogu za ledima*“ (Land hinter Gottes Rücken) pflegen die Serben Montenegro zu nennen, und das klingt ganz freundlich. Auch die Montenegriner haben nichts gegen Serbien, da wohl (fast) jeder von ihnen verwandtschaftliche Beziehungen hinüber hat. Diese dürften auch der gewichtigste Grund dafür sein, dass die BR YU noch nicht auseinandergebrochen ist – sagte Präsident *Milo Đukanović* reichlich unverblümt am 28. April 1998 in einem Vortrag in Bonn.<sup>59</sup> Ohne diesen familiären Rückhalt hätten die Montenegriner ein Jahr später mehr als einen Grund, aus dem unseligen Bündnis mit dem unseligen *Milošević*, das ihnen Bomben bescherte, zu fliehen. Einen „fatalen Autokraten, der den Weg zum Frieden auf dem Balkan blockiert“, nannte *Đukanović* am 6. April 1999 in einem TV-Interview *Milošević*, und er fuhr fort: „*Milošević* ist die Ursache der meisten Probleme auf dem Balkan, und wegen seiner Veranlagung ist er als Person unfähig, zu ihrer langfristigen Lösung beizutragen. Die Ursache von allem muss ausgemerzt werden, nämlich die problematische, katastrophale und autokrati-

---

<sup>57</sup> Sadicikov, Slavjanskij ..., a. a. O.

<sup>58</sup> Ebd.

<sup>59</sup> Eigene Tonaufnahme des Verfassers

sche Politik, die *Milošević* führt und die nur ein Ziel hat, den Erhalt seiner unerschütterlichen Macht.“<sup>60</sup>

Das war zwar in seiner Art das bislang härteste Urteil des Montenegriners über den jugoslawischen Präsidenten, aber es stand in einer langen Linie einer sich vertiefenden Feindschaft zwischen dem jungen *Dukanović* (\*1962) und seinem einstigen „Ziehvater“ *Milošević*. 1995 war der damalige Premier Montenegros zu dem Belgrader auf Distanz gegangen, Ende 1996 brach er mit ihm völlig, nachdem er die republikanischen Parlamentswahlen vom 3. November 1996 glänzend gewonnen hatte (49,9 % der Stimmen, 63,4 % der Sitze) und damit auch 20 der 30 montenegrinischen Sitze im Bundesparlament eroberte.<sup>61</sup> Im Herbst 1997 gewann er die Präsidentschaftswahlen gegen den Amtsinhaber und *Milošević*-Favoriten *Momir Bulatovic*. *Milošević* merkte rasch, dass für ihn aus Montenegro ein schärferer Wind wehte, denn wann immer er mit SPS-Delegationen versuchte, Einfluss zu nehmen, wurde ihm von *Dukanović* kühl bedeutet, er möge doch Angelegenheiten von Parteien nicht mit denen des Staates vermischen, und Montenegro sei nun einmal ein souveräner Staat.<sup>62</sup> Also versuchten *Milošević* und *Bulatovic* im Januar 1998, die Inauguration des neuen Präsidenten *Dukanović* durch gewalttätige Demonstrationen ihrer Anhänger zu verhindern, was aber misslang.<sup>63</sup> Ende Mai 1998 drohte *Milošević* gar mit einem Militärputsch, holte sich bei den anstehenden Parlamentswahlen aber eine noch größere Abfuhr: Die *Sozialistische Volkspartei* (SNP, *Momir Bulatovic*) wurde geschlagen – von der *Koalition für ein besseres Leben*, gebildet aus der *Demokratischen Partei der Sozialisten* (DPS, *Milo Đukanović*), der *Nationalpartei* (NS, *Novak Kilibarda*) und der *Sozialdemokratischen Partei* (SDP, *Zarko Rakčević*). *Milošević* hatte geglaubt, mit der Ernennung von *Bulatovic* zum Ministerpräsidenten der BR YU dessen Wahlchancen verbessern zu können, hatte sich damit aber zweifach getäuscht: So deutlich durfte man dem Wähler nicht demonstrieren, wer die Marionette war und wer die Fäden zog, und die Wahlsieger hatten eine prächtige Gelegenheit, dem Bundespremier die Gefolgschaft aufzukündigen.<sup>64</sup> Montenegrinern wird eine Vorliebe für „epische Formulierungen“ nachgesagt, aber *Dukanović* drückte sich damals sehr direkt aus:

„Herr *Bulatovic* kann sich nicht mit der Tatsache abfinden, dass Montenegro ihm das Vertrauen entzog, und er will sich an ihm rächen. Uns fällt überhaupt nicht ein, ihm zu erlauben, so mit montenegrinischen Nationalinteressen umzugehen. Wir haben gesagt, dass für uns die Beschlüsse seiner sogenannten Regierung nicht verbindlich sind und dass wir in der Republik alles Notwendige tun werden, um unsere nationalen Interessen zu schützen. Das gilt auch für den Schachzug der Regierung, und es wird weitergehen, solange Herr *Milošević* nicht unseren Vorschlag akzeptiert, entsprechend den demokratischen Gepflogenheiten und konstitutionellen Normen dieses Landes das Mandat des Bundespremiers der politischen Mehrheit Montenegros zu übergeben.“<sup>65</sup>

„Dieser Schachzug“ – das war ein Synonym für die mehr oder minder schmerzhaften Nadelstiche, die aus Belgrad gegen die Wirtschaft Montenegros geführt wurden: verweigerte Rentenzahlungen, verbotene Grenzübergänge nach Kroatien, Schließung der Flughäfen von Podgorica und Tivat „wegen technischer Mängel“ und vor allem der „Zollkrieg“, den Serbien Ende 1996 gestartet hatte, um den Warenfluss aus und nach Montenegro zu kontrollieren und

---

<sup>60</sup> Bericht in: Nova Makedonija (Skopje), 8.4.1999.

<sup>61</sup> Goati, Novembarški..., a. a. O., S. 16 ff.

<sup>62</sup> Stojan Cerovic: Vladar bez zemlje, in: Vreme, 2.8.1997, S. 10-11.

<sup>63</sup> Velizar Brajovic: Drugi „bombaški proces“, in: Vreme, 24.1.1998, S. 9-12.

<sup>64</sup> Roksanda Nincic: Scenario rata i raspada, in: Vreme, 16.5.1998, S. 6-9.

<sup>65</sup> Zit. n. Velizar Brajovic: Slovencki sindrom, in: Vreme, 1.8.1998, S. 16-17.

die dortige Führung ökonomisch zu knebeln. Inzwischen hat Montenegro den „Zollkrieg“ nicht nur gewonnen, es hat auch eine Art Vorprüfung zugebilligt, ob Verfügungen der Bundesregierung „schädlich“ für Montenegro sein könnten, in welchem Falle sie ignoriert würden.<sup>66</sup> Beispielsweise hatte die Bundesregierung am 18. Juli 1997 den Hafen Zelenika geschlossen – „wegen internationalen Schmuggels ausländischer Zigaretten, Drogen und Waffen“. Mitte Februar 1999 ließ *Jusuf Kalamperović*, montenegrinischer Minister für Verkehr und Seefahrt, den Hafen wieder öffnen, ohne sich um massive serbische Polemik zu kümmern, die montenegrinische Regierung mache gemeinsame Sache mit der italienischen Mafia.<sup>67</sup> Das *Recht* dazu hat Montenegro *nicht*, weil seine Verfassung, anders als die serbische, entsprechende Paragraphen nicht enthält, aber es fühlt sich von der Bundesregierung so bedrängt und geschädigt, dass es das Recht einfach in Anspruch nimmt – aus Notwehr sozusagen.<sup>68</sup>

„Montenegro wird immer mit Serbien sein, aber niemals unter Serbien“, sagte Vizepremier *Kilibarda*, und das heißt im Klartext, dass Montenegro zwar den Bundespräsidenten anerkennt, aber die Legitimität von Bundesregierung, -parlament und -gericht etc. bestreitet, keine Sonderabgaben entrichtet (z. B. für die Armee), keine im Lande eingenommenen Bundeseinkünfte abführt, Beratungen des Bundesbudgets boykottiert etc. Und das war nur der Anfang: Das neue Staatsbürgergesetz wird die Abkehr von Serbien vertiefen; das *Gesetz über das Staatseigentum* wird der Jugoslawischen Armee (VJ) Kasernen und Flughäfen wegnehmen und von Belgrad die Rückgabe des Auslandsvermögens des früheren *Königreichs Montenegro* fordern. Das alles tut man mit dem besten Gewissen, wie Premier *Filip Vujanović* (\*1954) erklärte:

„Wir wollen den Bundesstaat nicht zerschlagen. Wir sind gegen eine Bundesadministration, die Jugoslawien zerschlägt. Alle Maßnahmen, die die Bundesregierung zum Schaden Montenegros unternimmt, kann man zerstörerisch für Jugoslawien nennen. Wenn die also mit ihrer Politik fortfahren, dann machen die sich an die Zerschlagung Jugoslawiens. Wir aus Montenegro wollen nicht zerschlagen, denn wir von der DPS meinen, dass wir in die Integration gehen müssen und dass wir in der Föderation unser ökonomisches, politisches, kulturelles und überhaupt jedes Interesse verwirklichen.“<sup>69</sup>

Diese Situation hat sich seit Februar 1999 laufend verschärft. *Milošević* schickte *Bulatovic* laufend nach Montenegro, um dort die gemeinsame Gefahr durch die NATO und deren gemeinsame Abwehr zu beschwören.<sup>70</sup> *Momir Bulatovic* und Bundesverteidigungsminister *Pavle Bulatovic* sorgten sich insbesondere um die Bereitschaft der 2. Armee und der Kriegsmarine der VJ, deren Kommandos in Podgorica sind; dort war soeben beschlossen worden, Montenegro um jeden Preis aus drohenden Kriegshandlungen herauszuhalten, was führende Militärs als Sabotage am „einheitlichen Verteidigungs- und Sicherheitssystem des Landes“ sahen, weswegen sie die Beschlüsse der montenegrinischen Regierung nicht befolgen wollten.<sup>71</sup> Die Regierung wiederum hatte erklärt, alle legalen Möglichkeiten ausschöpfen zu wollen, um das eigene Territorium vor einem eventuellen militärischen Zusammenstoß mit der internationalen Gemeinschaft zu schützen. Die entsprechenden Maßnahmen kamen dann auch in rascher Folge: Gesetz über Wahl und Abberufung von Abgeordneten aus dem Bundesparlament, Resolution über die Verteidigung montenegrinischer Interessen in diesem

---

<sup>66</sup> Bozidar I. Milicic: Carinski rat – Tanjenje zivaca, in: NIN, 4.3.1999, S. 21-22.

<sup>67</sup> M. Vico: Šverc briše zakone, in: Dnevnik (Novi Sad), 18.2.1999, S. 5.

<sup>68</sup> Vukovic, Sirova ..., a. a. O.

<sup>69</sup> Zit. n. Velizar Brajovic: Kuda ide Crna Gora?, in: Vreme, 28.11.1998, S. 10-11.

<sup>70</sup> Bericht in: Dnevnik, 15.3.1999.

<sup>71</sup> Bericht in: Dnevnik, 23.2.1999.



Parlament, Resolution über den Rechtsschutz montenegrinischer Bürger im Wehrdienst im Kosovo, Regierungsanordnung über Verteidigungsausgaben etc.<sup>72</sup> Wenn der montenegrinische Stuhl in Rambouillet leer bleibe, drohte man in Podgorica, dann werde es bald einen besetzten montenegrinischen Stuhl in New York geben – also einen souveränen Staat Montenegro in den Vereinten Nationen.<sup>73</sup>

Das in seiner demokratischen und wirtschaftsreformerischen Entwicklung ungleich fortgeschrittenere Montenegro gibt sich zunehmend selbstbewusster, denn es stellte die systematische und personelle Alternative zum *Milošević*-Regime dar – „Montenegro ist von Serbien schon so getrennt, wie es vollständiger nicht sein kann“.<sup>74</sup> Nur den letzten Schritt der rechtsgültigen Trennung will es nicht tun. Aus Angst vor Belgrad oder in der stillen Hoffnung, dass Serbien sich selber von ihm lossagt? Für den Moment dringen die rund 600.000 Montenegriner darauf, neben den rund 17mal mehr Serben absolut gleichwertig und gleichberechtigt zu sein.

*Milo Đukanović* fordert:

„Wir wünschen Jugoslawien, sofern es zwei Voraussetzungen erfüllt. Erstens muss Montenegro in ihm gleichberechtigt sein, und zweitens muss dieses Jugoslawien eine Perspektive haben. (...) Wir wollen in der jugoslawischen Föderation fünfzig Prozent haben, und zwar in der obersten Führung des Bundesstaates und in der Nationalbank und im Bundesgericht und im Bundesverfassungsgericht und in allen relevanten Institutionen der Bundesregierung. (...) In der zweigliedrigen Föderation will Montenegro fünfzig Prozent dieser Föderation sein.“<sup>75</sup>

Was kann Montenegro wirklich erreichen? Es hat versucht, sich mit Verweigerung bzw. Abzug von Soldaten aus *Miloševićs* Krieg im Kosovo herauszuhalten<sup>76</sup>, worauf *Bulatović* erst vom Verfassungsgericht verlangte, dem Land die staatliche Souveränität wegzunehmen<sup>77</sup>, und es dann öffentlich anklagte, auf seinem Territorium 800 Kämpfer der albanischen UÇK zu beherbergen.<sup>78</sup> Ganz allgemein beschuldigt die Propaganda des Regimes Montenegro, aus Angst vor den Albanern und aus Abneigung gegen die BR YU die eigene Republik stillschweigend zu einer Art von albanischem Aufmarschgebiet zu machen.<sup>79</sup> Je mehr die Wirtschaft Serbiens verfällt, je drückender *Miloševićs* Zensurgesetze werden, desto mehr Betriebe siedeln nach Montenegro über (bislang etwa 20.000), vor allem aus dem Medienbereich – was Belgrader Medien als montenegrinischen Raub von serbischen Menschen, Anlagen, Gütern und Geldern interpretieren, als „Okkupation des Besitzes von Firmen aus Serbien“, als montenegrinische Nachahmung des „slowenischen Syndroms“ von 1991.<sup>80</sup> Im Maße der Agonie des Regimes wächst freilich auch die Gefahr, dass dem Land ein serbischer Militärschlag droht. Diese Gefahr begann nicht erst mit der Absetzung des Generalstabschefs *Momčilo Peršić* Ende letzten Jahres<sup>81</sup>, vielmehr war sie bereits zu den Wahlen im Mai 1998 so mit Händen greifbar, dass „die internationale Gemeinschaft ziemlich starke Signale

---

<sup>72</sup> Bericht in: Dnevnik, 26.2.1999.

<sup>73</sup> Milosav Milkin: Rambuje i crnogorski strucnjaci, in: Borba (Belgrad), 18.2.1999.

<sup>74</sup> Stojan Cerovic: Spor slobode i Slobe, in: Vreme, 30.5.1998, S. 12-13.

<sup>75</sup> Bozidar T. Milicic: Strah u tri cina, in: NIN, 14.1.1999, S. 16-17.

<sup>76</sup> Velizar Brajovic: Regrutska politika, in Vreme, 4.7.1998, S. 19.

<sup>77</sup> Vukovic, Sirova ..., a. a. O.

<sup>78</sup> Bozidar I. Milicic: Jataci i hajduci, in: NIN, 18.3.1999, S. 22.

<sup>79</sup> Milosav Milkin: Zašto cuti Crna Gora? Specijalni status put kavelikoj Albaniji, in: Borba, 16.2.1999, S. 6.

<sup>80</sup> Milosav Milkin: Izgubljeni gradani, in: Borba, 15.3.1999, S. 6.

<sup>81</sup> Miloš Vasic: Cistka traje, in: Vreme, 28.11.1998, S. 6-8.

aussandte, dass sie das nicht hinnehmen werde“.<sup>82</sup> Im Januar 1999 äußerte sich Moskau ähnlich, nämlich „dass es nicht mehr die Interessen Jugoslawiens vertreten könnte, sofern es nicht zu einer Aussöhnung zwischen dem Präsidenten der BR YU, Herrn *Milošević*, und dem Präsidenten Montenegros, Herrn *Đukanović*, käme“.<sup>83</sup> Scheinbar hat das nicht viel genützt, denn im März 1999 kam *Milošević*s bislang letzter Versuch, in Montenegro einzugreifen: Als VJ-Oberbefehlshaber setzte er General *Martinović*, Kommandant der in Montenegro stationierten 2. Armee, ab und ersetzte ihn durch General *Obradović*. Dabei verlautete er auch, dass es der alte Kommandant abgelehnt hatte, *Đukanović* und andere Prominente durch die Militärpolizei verhaften zu lassen, was dann Unruhen in Podgorica, Nikšić, Bijelo Polje und anderswo hervorgerufen hätte, die der VJ als Vorwand zum Eingreifen dienlich gewesen wären. Außer einigen „persönlichen Provokationen“, meist von „betrunkenen Reservisten“ verübt, geschah nichts, vielmehr gingen montenegrinische Meldungen von Reservisten bei der VJ gegen null, während die Truppen des montenegrinischen Innenministeriums einen wahren Ansturm Freiwilliger verzeichnen konnten. Das wiederum setzte diese Truppen instand, mehr oder minder eine Stärke aufzuweisen, wie sie vor zehn Jahren die *Territorialverteidigungen* in Slowenien und Kroatien aufwiesen, die damals der JNA erfolgreichen Widerstand leisteten.<sup>84</sup>

Rein militärisch scheint Montenegro diesen Krieg der Nerven und Provokationen gewonnen zu haben oder bald zu gewinnen, obwohl nach wie vor Fachleute aus Montenegro und Serbien überzeugt sind, dass „es sehr realistisch ist, irgendeine Art Aggressionsstrategie des serbischen Regimes gegen Montenegro zu erwarten“. *Milošević* sei seit langem mit einer verdächtigen Umstrukturierung der Armeespitze beschäftigt, und von Aktionen gegen Montenegro halte ihn wohl nur ab, dass „der auswärtige Faktor – USA, Europäische Union und NATO – dagegen sind.“<sup>85</sup> Das war im Januar 1999. Seither hat eben dieser „auswärtige Faktor“ gegen *Milošević* mobil gemacht, doch der zeigt noch keine Wirkung. Wer oder was könnte ihn noch aufhalten, wenn er wirklich gegen Montenegro losschläge? Vielleicht nur noch die Entscheidung, ob er an Montenegro *oder* an *Momir Bulatovic* festhalten wolle. Offenkundig wollte *Đukanović*s DPS dabei zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, als sie Mitte März 1999 den serbischen Machthabern Gespräche über die Zukunft der BR YU vorschlug, die natürlich von der absoluten Gleichberechtigung Montenegros in der Föderation auszugehen haben – und bei diesen Gesprächen sei die Beteiligung von *Bulatović*s SNP „überflüssig und unnötig“.<sup>86</sup>

Was plant *Milošević*? Mitte Januar 1999 soll er *Đukanović* das Amt des Bundespremiers angeboten haben, was dieser ablehnte.<sup>87</sup> Im März sagte *Dragan Tomic*, dass es in Serbien keine „Verräter“ mehr gäbe, nur noch einen in Montenegro, der *Đukanović* heiße.<sup>88</sup> In den Wochen danach folgte dann die Resolution des montenegrinischen Parlaments, dass momentan die Erhaltung des inneren Friedens im Lande das höchste Ziel sei, an dem alle Parteien mitwirken müssten. Dieser Resolution stimmte auch *Bulatović*s SNP zu, um anschließend ihre „Anti-NATO-Meetings“ mit der „erkennbaren großserbischen Ikonographie“ zu veranstalten. Die Regierung verbot diese Symbole, mehrheitlich Bilder von *Milošević*, womit aus den „Meetings“ Unterhaltungskonzerte wurden – sehr zur Freude der Besucher, die andererseits immer noch in Furcht leben. Und die täglich nach Montenegro strömenden Kosovo-

---

<sup>82</sup> Dragoljub Zarkovic, Velizar Brajovic: Startno mesto normalnih, in: Vreme, 30.5.1998, S. 6-8.

<sup>83</sup> Luka Miceta: Ko je koga zvao?, in: Vreme, 28.1.1999, S. 14.

<sup>84</sup> Sead Sadikovic: Crna Gora – Hoce li eksplodirati?, in: Dani, 12.4.1999, S. 27.

<sup>85</sup> Aleksandar Fatic, Miroslav Hadzic (Interview): Milošević sprema udar na Crnu Goru?, in: Svijet (Sarajevo) 10.1.1999, S. 24-26.

<sup>86</sup> Meldung in: NIN, 18.3.1999, S. 6.

<sup>87</sup> Miceta, Ko je koga ..., a. a. O.

<sup>88</sup> Bernhard Küppers: Druck auf Đukanović wächst, in: Süddeutsche Zeitung, 30.3.1999.

Flüchtlinge, Mitte April bereits rund 100.000, waren geeignet, diese Furcht nicht verstummen zu lassen.<sup>89</sup>

## 7. Sandžak and Vojvodina: Konflikte im Wartestand?

Anfang April 1999 bat *Alija Izetbegovic*, (Mit-)Präsident Bosnien-Herzegowinas, die Organisation der Islamischen Konferenz um Beistand für die Muslime (oder die bosniakische Minderheit) des Sandžaks, die erneut vom serbischen Regime verfolgt würden.<sup>90</sup> Seit 500 oder mehr Jahren leben im Sandžak – der strategisch wichtigen, ökonomisch armen Region nördlich des Kosovo, die bis 1913 zum Osmanischen Reich gehörte – slawische Muslime, die das ethnoreligiöse Verbindungsglied zwischen bosnischen Muslimen und muslimischen Kosovo-Albanern bilden. Das letzte Teilstück dieser Verbindung scheint abgerissen, denn Kosovo-Flüchtlinge sind in Bosnien unbeliebt und werden nur mit dem Nötigsten versorgt.<sup>91</sup> Kaum fester ist das erste Stück gefügt, nachdem sich die Muslime des Sandžaks seit Jahren als *bošnjaci* bezeichnen. Diese Umbenennung haben sie selber vorgenommen, und sie scheint in Bosnien nicht gern akzeptiert, anderswo noch unbekannt zu sein.<sup>92</sup>

Es handelt sich um die Mehrheit der 1991 in der BR YU gezählten 336.025 Muslime, die im Sandžak (dem altserbischen *Raška*) leben; nach dem Ersten Weltkrieg waren sie Opfer serbischer Verfolgungen durch *Četniks*, im Zweiten durch kroatische *Ustaše*. Nach 1945 wurde der Sandžak zwischen Serbien und Montenegro aufgeteilt. Die Serben betrachteten die Menschen des Sandžaks stets als „Türken“, aber als diese am 20. Oktober 1990 in einer Volksabstimmung *Autonomie* für sich forderten, lehnte Belgrad dieses Ansinnen sofort ab, da sie alle „echte Serben“ seien. *Dr. Sulejman Ugljanin*, Leiter des *Muslimischen Nationalkomitees für den Sandžak*, forderte für seine Leute dieselben Rechte, die *Milošević* für die Serben in Kroatien verlangte. Daraus wurde nichts, vielmehr kam es nach 1992 erneut zu Gewalttaten und Vertreibungen der autochthonen Bevölkerung.<sup>93</sup>

1998 war für den Sandžak ein relativ ruhiges Jahr, nachdem die Behörden am 10. Juli 1997 für die Hauptstadt Novi Pazar eine *Zwangsverwaltung* (*prinudna uprava*) eingesetzt hatten. Damit wollte man die im November 1996 siegreiche *Sandžak-Liste Ugljanins*, die 33 von 47 Sitzen im Stadtparlament gewonnen hatte, ausgrenzen. Im Mai 1998 verkündete das Serbische Verfassungsgericht, dass dieser Wechsel rechtmäßig sei, worauf auch in anderen Gemeinden ähnliche Zwangsverwaltungen eingeführt wurden. Sie verboten beispielsweise Schreibmaschinen mit lateinischer Schrift, ordneten den ausschließlichen Gebrauch Belgrader Sprachkonventionen (*Ekavica* statt der bei Bosniaken üblichen *Ijekavica*) an, beschuldigten die *Sandžak-Liste* der Geldverschwendung (für Reisen von *Ugljanin* und für muslimische Organisationen), brachten lokale Medien auf strikte *Milošević*-Linie, diskriminierten die Muslime bei der Vergabe von Arbeitsplätzen u. v. m.<sup>94</sup>

Wie die Lage im Frühjahr 1999 war, ließ sich schwer sagen. Einerseits sprach *Ugljanin*, nunmehr Chef des *Bosnischen Nationalrats des Sandžaks* (*Bošnjacko nacionalno vijeće*

---

<sup>89</sup> Sadikovic, Crna Gora ..., a. a. O.

<sup>90</sup> Bericht in: Nova Bosna, 9.4.1999, S. 2.

<sup>91</sup> Nijaz Durakovic: Kosovo i Bosna – Pihtija konformizma, in: Svijet, 4.10.1998, S. 16-17.

<sup>92</sup> Senad Pecanin: Sandzacki Bošnjaci i Šumadinski Dalmatinci, in: Dani, 12.4.1999, S. 40-41.

<sup>93</sup> Tilman Zülch (Hrsg.): „Ethnische Säuberung“ – Völkermord für „Großserbien“, Luchterhand Flugschrift 5, Hamburg/Zürich 1993, S. 149 ff.; Svein Moennesland: Land ohne Wiederkehr – Ex-Jugoslawien: Die Wurzeln des Krieges, Klagenfurt 1997, S. 458 ff.

<sup>94</sup> Jahresbericht 1998 des *Humanitarian Law Center* zur Lage der Menschenrechte in der BR Jugoslawien, Beilage in: Vreme, 9.1.1999.

Sandžaka) davon, dass das Regime mittels Patrouillen bewaffneter Freischärler, unter ihnen auch solche aus der bosnischen *Republika Srpska*, planmäßig eine Furcht unter den Einwohnern erzeuge, die durch die offizielle Verkündung des Kriegszustands verstärkt würde und die Menschen zur Flucht nach Bosnien treibe. *Ugljanin* hatte darüber mit der UN-Menschenrechtsbeauftragten *Elisabeth Rehn* gesprochen und beklagte sich über bosnische Medien, die mit Meldungen von 20.000 und mehr Flüchtlingen diese Panik noch vergrößerten.<sup>95</sup> Andererseits steht zweifelsfrei fest, dass es eine Massenflucht gab: Ende März und Anfang April 1999 trafen 5.000 bis 6.000 Flüchtlinge aus dem Sandžak in Bosnien ein, womit sich ihre Zahl auf rund 11.000 verdoppelte. Betreut wurden sie von der *Vereinigung der Bošnjaken aus dem Sandžak*, und viele hatten Gerüchten geglaubt, dass sie von westlichen Botschaften sofort Papiere zur Weiterreise bekämen. Tatsächlich saßen sie alle, wie auch die Kosovo-Flüchtlinge, in Bosnien fest.<sup>96</sup>

*Ugljanin* gilt bei seinen Landsleuten als unbesonnener und wenig mutiger Mann, der in den letzten Jahren bereits dreimal nach Bosnien flüchtete, wenn sich die Verhältnisse im Sandžak zuspitzten. Auch diesmal scheint er wieder so rechtzeitig verschwunden zu sein, dass er die letzten Ereignisse nicht mehr mitbekam – dies lässt sich aus einem umfangreichen Interview seines Mitarbeiters *Rasim Ljajic* schließen.<sup>97</sup> Nach dessen Angaben ist die Massenflucht aus dem Sandžak deshalb zurückgegangen, weil die Bundesregierung eine Schließung der Grenzen für alle wehrfähigen Männer von 18 bis 60 Jahren verfügte, zudem den Muslimen alle Motorfahrzeuge wegnahm – „für die Bedürfnisse der Armee Jugoslawiens“. Den bereits geflüchteten Menschen, angeblich bereits 20.000, wurde faktisch die Rückkehr verwehrt, da sie mit Anklagen wegen „Desertion“ rechnen müssen. Die eigentliche Angst haben die Menschen vor einer allgemeinen Mobilisierung, was sie im Verein mit ökonomischer Not und politischer Repression zur Flucht treibt. Damit wird die demographische Struktur des Sandžaks laufend zuungunsten der Muslime verschlechtert, obwohl – meint *Ljajic* – „*Milošević* jetzt keine Zwischenfälle im Sandžak gebrauchen kann, solange im Kosovo gekämpft wird“.

In Bosnien sind Flüchtlinge aus dem Sandžak höchst unbeliebt und werden recht kaltherzig ausgebeutet – „man behauptet, dass die Mieten seit der Ankunft der Sandžak-Flüchtlinge drastisch angestiegen sind“, weswegen „einige nach zwei Tagen Aufenthalt in Sarajevo zurückgekehrt sind“. Bei der bosnisch-muslimischen *Partei der Demokratischen Aktion* (SDA) gibt es ein von *Enes Pelidija* geleitetes *Expertenteam für den Sandžak*, das an dieser Lage wenig ändern kann. Der Sandžak wartet auf eine Lösung im Kosovo, für die nach Meinung *Ljajics* vier Möglichkeiten in Betracht kommen:

1. Das Kosovo bekommt völlige Unabhängigkeit, vor allem wenn die NATO Bodentruppen einsetzt.
2. Aus dem Kosovo werden nahezu alle Albaner vertrieben.
3. Serbien akzeptiert die derzeitige Lage im Kosovo und willigt in dessen Teilung ein.
4. Im Kosovo wird irgendeine Art „Übergangsverwaltung“ eingerichtet, nach deren Ablauf eine endgültige Lösung vereinbart wird.

Bosnische Experten sehen künftige Entwicklungen radikaler: Die NATO-Bombenangriffe auf jugoslawische Brücken, Straßen und Gleise haben auch den Effekt, dass die Kommunikation zwischen Belgrad und Montenegro bzw. Vojvodina und Sandžak empfindlich gestört ist, was diesen eine wachsende Atempause verschafft. Im Grunde, meint man, geht es gar

---

<sup>95</sup> Sulejman Ugljanin (Interview): *Cekamo rasplet na Kosovu*, in: *Ljiljan* (Sarajevo), 29.3.-5.4.1999, S. 7.

<sup>96</sup> Bericht in: *Ljiljan*, 5.-12.4.1999, S. 16-17.

<sup>97</sup> Wortlaut in: *Dani*, 12.4.1999, S. 30-31.

nicht mehr so sehr um das Kosovo, vielmehr scheinen manche Indizien darauf zu verweisen, dass die internationale Gemeinschaft gegen das Serbien des *Slobodan Milošević* insgesamt mobil macht: In Bosnien sind die SFOR-Truppen an der Drina zusammengezogen, also Aug' in Aug' mit Serbien, oder nach Kroatien an die dortige Grenze zu Serbien verlegt worden. Gleichfalls war es wohl kein „Zufall“, Ungarn gerade jetzt in die NATO aufzunehmen, da man sein Territorium als Aufmarschgebiet für NATO-Bodentruppen benötigt.<sup>98</sup>

Solche Überlegungen muten gewiss eher wie ein militärisches Planspiel denn als realpolitische Option an, aber unbestreitbar ist, dass auch die Vojvodina unter beträchtlichem Druck aus Belgrad steht. Die nord-serbische Vojvodina kam erst 1918 zu Jugoslawien, das damit ein reiches und fruchtbares, zudem auch urban-intellektuelles Gebiet erhielt. In der Zwischenkriegszeit gab es hier u. a. eine starke deutsche Minderheit von etwa 380.000 Angehörigen, die nahezu komplett vertrieben wurden, desgleichen 160.000 Ungarn, 70.000 Kroaten etc. Gemäß der Volkszählung von 1991 lebten in der Vojvodina noch 334.147 Ungarn, von denen bis 1994 über 30.000 des Krieges und des ökonomischen Niedergangs wegen das Land verließen. 1996 schien für die Vojvodina (wie für den Sandžak) eine Wende zum Besseren zu kommen: Die oppositionelle Koalition *Zajedno* (Gemeinsam) hatte in zahlreichen Städten gesiegt, dort die Macht übernommen und alle diese Städte in einem *Bund freier Städte und Gemeinden in Serbien* zusammengefasst. Dieser Bund besteht noch, aber unter dem permanenten Druck der Regierung, dem Zerschlagen von *Zajedno* und dem Übertritt der SPO, 1996/97 stärkster Teil von *Zajedno*, in die Regierung sind die freien Städte mehr und mehr schutzlos geworden.<sup>99</sup> Ihr Bundesvorsitzender *Mirko Bajic* war am 16. Februar 1999 in Straßburg, wo er vor einem Kongress europäischer Kommunalpolitiker über die Lage daheim berichtete: Der Bund will bei seiner demokratisch-selbstverwalteten Orientierung bleiben und hat das mit zahlreichen Aktionen unterstrichen: Ausarbeitung alternativer Gesetzesvorschläge, *Charta für ein freies Serbien*, *Deklaration zur Fortführung demokratischer Veränderungen* etc. Aber „derzeit überwiegt das Bewusstsein, dass die Zentralmacht tatsächlich keine demokratische Lösung von Minderheitsfragen wünscht“, sondern mit dem im Sandžak „bewährten“ Mittel von Zwangsverwaltungen Stadt für Stadt unter ihre Botmäßigkeit zurückholt.<sup>100</sup>

Dieses Bestreben spüren die Minderheiten am eigenen Leibe. Beispielsweise lebt der größte Teil der 74.808 in Jugoslawien ansässigen Kroaten (1991) in der Vojvodina, doch genießen diese hier keinerlei kulturelle Rechte oder Möglichkeiten. Nominell besser geht es den Ungarn, die in sieben Kommunen die Bevölkerungsmehrheit stellen und deren Sprache in 32 (von 45) Kommunen als gleichberechtigte offizielle Sprache gilt. Für die Ungarn gibt es 83 Grund- (von 342) und 28 Mittelschulen (von 112) mit ungarischer Unterrichtssprache, doch werden die Lehrpläne für diese vom serbischen Bildungsministerium *ohne* Beteiligung von Minderheitenvertretern erstellt.<sup>101</sup> Diese Zahlen und Umstände werden von der Regimepresse verschwiegen, die lieber mit statistischen Tricks versucht, das Bild eines multi-ethnischen Bildungswesens für Serben, Ungarn, Slowaken, Rumänen und Rusinen von der Grundschule bis zur *fakultet* (Universität) zu vermitteln.<sup>102</sup>

In der Vojvodina existiert eine erstaunliche Fülle politischer Gruppierungen und Parteien, allein sechs ungarische, aber die dominierende Stimmung ist apolitisch – bevor man mit Forderungen für Minderheiten in den Verdacht des *Separatismus* gerät, hält man sich lieber

---

<sup>98</sup> Zeljko Cvijanović: Molitva za Miloševića, in: Dani, 12.4.1999, S. 18-19.

<sup>99</sup> Dragoš Ivanović: Tekovine na kocki, in: Republika, 16.-28.2.1999, S. 6.

<sup>100</sup> Dragan Ilic: Obrana slobodnih gradova, in: Republika, 1.-31.3.1999, S. 5.

<sup>101</sup> Jahresbericht 1998 des *Humanitarian Law Center* zur Lage der Menschenrechte in der BR Jugoslawien, Beilage in: Vreme, 9.1.1999.

<sup>102</sup> Radoje B. Radulović: Obrazovanje na maternjim jezicima, in: Dnevnik, 15.3.1999, S. 10.

ganz aus der Politik heraus. Dahinter aber formiert sich ein heimlicher Schulterschluss: Die Ungarn haben z. B. ihre frühere Taktik aufgegeben, als einzelne Gruppen mit der Zentralmacht zu verhandeln, und schließen sich jetzt enger mit anderen ungarischen und Minderheitengruppen zusammen.<sup>103</sup> Was im Moment allein interessiert, sind die ungarischen Medien, die auch in bemerkenswerter Fülle und Vielfalt – Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften, Radio, TV etc. – vorhanden waren.<sup>104</sup> Die serbische Regierung benutzt bei ihren Berichten alte Zahlen von 1994, als es noch 75 ungarische Blätter gab, die 1998 auf 18 zurückgegangen waren. Unabhängig war von diesen nur die Tageszeitung *Magyar Szó* (Ungarisches Wort), der die Regierung nun die fünfzigprozentige Subvention streichen will. Das heißt, dass die Ungarn der Vojvodina ohne eigene Tageszeitung sein werden - erstmalig seit über 100 Jahren.<sup>105</sup>

## 8. Zusammenfassende Schlussbemerkung

Die *Bundesrepublik Jugoslawien* entstand 1992 ohne ausreichende legitimierende Basis und wird seither durch die Politik, die *Slobodan Milošević* in Serbien vertritt, laufend weiter desintegriert. Diese Politik hat sich in Zwangssituationen von gefährlichster regionaler und/oder politischer Sprengkraft manövriert, von denen sie in gewissermaßen „selbstmörderischer“ Konsequenz nicht lässt: In *Serbien* bevorzugt sie Macht vor Entwicklung, was zu einem katastrophalen sozioökonomischen Niedergang führte. In *Montenegro* setzt sie Einfluss vor Partnerschaft, was die Kohäsion der beiden föderalen Einheiten in konfliktträchtiger Weise belastet. Im *Kosovo* plaziert sie populistische Mythen vor Frieden und machte sich damit die internationale Gemeinschaft zum Feind. In der *Vojvodina* und im *Sandžak* rangiert schließlich ethnisch serbische Dominanz vor Koexistenz, wodurch multiethnische Gemeinschaftstradition (bzw. die Zukunftschance zu dieser) ohne Not und Nutzen gestört wird.

Bei allen diesen Fehlentwicklungen zeigt sich *Milošević* als treuer Nachfolger altkommunistischer Praktiken, Ethnizität über Demokratie und Volksgruppenrechte über Menschenrechte zu stellen: Der Konflikt mit Montenegro, der Krieg im Kosovo und die Repression in der Vojvodina werden politisch-propagandistisch so hingestellt, als wären sie zum Erhalt von Serbiens *Staatlichkeit*, *Souveränität* und *Integrität* unvermeidlich und würden nach glücklichem Ausgang ein besseres, stabiles und prosperierendes Serbien entstehen lassen.

Tatsächlich geht es *Milošević* allein darum, die eigene Machtposition dadurch zu festigen, dass beschworene Feindbilder und provozierte Friktionen die ethnische Kohäsion verstärken. Irrationale Momente kommen insofern hinein, als die Militanz des Regimes steigt, obwohl die strittigen Regionen faktisch längst aufgegeben wurden (Kosovo), und als der erzielte Positionsgewinn von sehr begrenztem zeitlichen Bestand ist: Was wird aus *Milošević*, wenn seine jahrelangen Fehler und bewussten Versäumnisse nicht mehr durch die „Aggression“ der NATO-„Verbrecher“ überdeckt werden?

Neben der staatlichen, regionalen und ethnischen Desintegration der BR YU betreibt *Milošević* diese in weiteren Feldern: Das Regime betreibt seit zehn Jahren eine Wirtschaftspolitik, die von Experten als „Diebstahl“ an der Bevölkerung bezeichnet wird: Inflation, Hyperinflation, Wegnahme von rund 6,6 Milliarden D-Mark Devisen-Sparguthaben, allgemeine Verarmung, ja Verelendung.<sup>106</sup> Strenge Zensurgesetze bewirken eine Informations-

---

<sup>103</sup> Ilic, *Odbrana ...*, a. a. O.

<sup>104</sup> Attila Szám (Interview): *Ispomešani uzduz i popreko*, in: *Duga* (Belgrad), 11.-24.5.1996, S. 12 -14 und 96.

<sup>105</sup> Jan Briza: *Ko gasi „Madjar So“*, in: *Vreme*, 20.2.1999, S. 28-29.

<sup>106</sup> Mladan Dinkić: *Ekonomija destrukcije – Velika pljacka naroda*, 3.A. Belgrad 1995.

blockade der Öffentlichkeit, die kurzfristig dem Regime nützt, mittelfristig jedoch auf dieses zurückfallen wird. Die neue Vergatterung der Hochschulen auf politische Loyalität zum Regime bringt urbane Intellektuellenschichten gegen dieses auf und fördert den seit Jahren bestehenden „brain drain“ ins Ausland, der Serbien bereits Zehn- und Hunderttausende seiner besten Köpfe gekostet hat. Eine ungeschickte, wiewohl unvermeidliche Preispolitik des Regimes in der Landwirtschaft – minimale Anhebung der Aufkaufpreise bei Verdoppelung der Kosten für Treibstoffe, Kunstdünger etc. – ist geeignet, über kurz oder lang dessen bislang stärkste Stütze, das agrarische Landvolk, zu beseitigen.

„Genießt den Krieg, der Frieden wird fürchterlich“, sagte man früher in Deutschland. *Slobodan Milošević* und seine Klientel aus Rechts- und Linksextremen dürften am nachhaltigsten spüren, wie zutreffend dieses Diktum sein kann.

**Prof. Dr. Wolf Oschlies**  
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche  
und internationale Studien (BIOST), Köln